Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 1634**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
BK 3844/50

Bonn, den 23. November 1950

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anbei übersende ich den

# Entwurf eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Deutsche Bundesrat hat in seiner 38. Sitzung am 27. Oktober 1950 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Die Bundesregierung sieht sich jedoch im Hinblick auf die Finanzlage der finanzschwachen Länder gezwungen, an der Vorlage festzuhalten.

Da die Notwendigkeit eines Finanzausgleichs von allen Ländern grundsätzlich anerkannt wird, spricht die Bundesregierung die Erwartung aus, daß sich in den bevorstehenden Verhandlungen zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat eine Einigung über eine angemessene Regelung des Finanzausgleichs erzielen lassen wird. Der Bundesminister der Finanzen wird zu diesem Zweck etwaige Ergänzungs- oder Änderungsvorschläge, auf die sich die Finanzminister der Länder noch einigen sollten, dem Bundestag nachträglich zur Kenntnis bringen.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
**Blücher**

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30, und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

# Entwurf eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Ausgleichsmasse

(1) Um die Leistungsfähigkeit der steuerschwachen Länder zu sichern und um die unter schiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen, bringen die Länder, deren Finanzkraftmeßzahl (§ 2) die durchschnittliche Finanzkraftmeßzahl aller Länder des Bundes übersteigt (ausgleichspflichtige Länder), durch Beiträge eine Ausgleichsmasse auf. Die Beiträge der ausgleichspflichtigen Länder werden ihren Einnahmen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Vermögensteuer, der Erbschaftsteuer, der Biersteuer und den Verkehrsteuern mit Ausnahme der Totalisatorsteuer, der Feuerschutzsteuer und des Zuschlages zur Kraftfahrzeugsteuer nach dem niedersächsischen Gesetz vom 21. Dezember 1948 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Niedersachsen Seite 186) entnommen.

(2) Aus der Ausgleichsmasse erhalten die Länder, deren Finanzkraftmeßzahl die durchschnittliche Finanzkraftmeßzahl aller Länder des Bundes nicht erreicht (ausgleichsberechtigte Länder), Zuschüsse.

(3) Die Höhe der Ausgleichsmasse ergibt sich aus dem Mittel der Aufbringungsanteile (§ 13) der ausgleichspflichtigen Länder und der Zuweisungsanteile (§ 14) der ausgleichsberechtigten Länder. Die Höhe des Beitrages oder Zuschusses eines Landes wird durch das Verhältnis bestimmt, in dem sein Aufbringungsanteil oder Zuweisungsanteil zur Summe der Aufbringungsanteile oder Zuweisungsanteile steht.

## § 2

### Finanzkraftmeßzahl

Die Finanzkraftmeßzahl eines Landes ist die Summe seiner Steuereinnahmen (§ 3) und der Realsteuereinnahmen seiner Gemeinden (§ 4) vermindert um die Summe seiner Rechnungsanteile an den Ausgleichslasten (§ 5).

## § 3

### Steuereinnahmen der Länder

(1) Als Steuereinnahmen eines Landes (§ 2) gelten seine kassenmäßigen Einnahmen aus den im § 1 Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Steuern im Rechnungsjahr 1950.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Rechtsverordnung Ungleichheiten zu beseitigen, die sich bei der Berechnung der Steuereinnahmen infolge abweichender Zahlungstermine in den Ländern ergeben.

## § 4

### Realsteuereinnahmen der Gemeinden

(1) Als Realsteuereinnahmen der Gemeinden eines Landes (§ 2) gelten die Grundbeträge der Grundsteuer und der Gewerbesteuer (ohne Lohnsummensteuer) mit folgenden Ansätzen:

1. Grundbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 150 v. H.,
2. Grundbeträge der Grundsteuer der Grundstücke in Gemeinden bis 2000 Einwohner mit 150 v. H.,
   in Gemeinden von 2 000 bis 5 000 Einwohner mit 160 v. H.,
   in Gemeinden von 5 000 bis 20 000 Einwohner mit 180 v. H.,
   in Gemeinden von 20 000 bis 100 000 Einwohner mit 220 v. H.,
   in Gemeinden über 100 000 Einwohner mit 240 v. H.,
3. Grundbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 265 v. H..

(2) Als Grundbetrag (Absatz 1) gilt das Aufkommen im Rechnungsjahr 1949, geteilt durch die in diesem Rechnungsjahr in Geltung gewesenen Hebesätze. Maßgebend sind die vom Statistischen Bundesamt festgestellten Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Rechtsverordnung Ungleichheiten zu beseitigen, die sich aus einer unterschiedlichen Einheitsbewertung des Grundbesitzes im Bundesgebiet ergeben.

## § 5

### Ausgleichslasten

Ausgleichslasten (§ 2) sind:

1. die Anteile der Länder an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes (§ 6),
2. die Kriegszerstörungslasten (§ 7),
3. die mittelbaren Flüchtlingslasten (§ 8),
4. die Lasten der Dauerarbeitslosigkeit (§ 9),
5. die Zinslasten der Ausgleichsforderungen (§ 10),
6. die Hochschullasten (§ 11),
7. die Hafenlasten der Freien Hansestadt Bremen und der Hansestadt Hamburg (§ 12).

## § 6

### Länderanteile an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes

Als Rechnungsanteil eines Landes an den vom Bund übernommenen Kriegsfolge- und Soziallasten (§ 5 Nr. 1) gilt sein Anteil an den Aufwendungen des Bundes für das Rechnungsjahr 1950 nach § 2 des Ersten Gesetzes zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund vom ....... (BGBl. S. ........).

## § 7

### Kriegszerstörungslasten

(1) Die Kriegszerstörungslasten (§ 5 Nr. 2) werden insgesamt mit einem Rechnungsbetrag von 400 000 000 DM angesetzt. Der Rechnungsanteil des einzelnen Landes ist auf der Grundlage des Einnahmeausfalls seiner Gemeinden an Grundsteuer (Kriegszerstörungsgrad) errechnet. Hiernach entfallen auf die Länder die folgenden Rechnungsanteile:

| | |
|---|---|
| Baden | 2 980 000 DM |
| Bayern | 43 976 000 DM |
| Bremen | 18 404 000 DM |
| Hamburg | 52 280 000 DM |
| Hessen | 28 120 000 DM |
| Niedersachsen | 29 372 000 DM |
| Nordrhein-Westfalen | 148 452 000 DM |
| Rheinland-Pfalz | 27 324 000 DM |
| Schleswig-Holstein | 7 160 000 DM |
| Württemberg-Baden | 38 944 000 DM |
| Württemberg-Hohenzollern | 2 988 000 DM |

(2) Die Bestimmung des § 4 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.

## § 8

### Mittelbare Flüchtlingslasten

Die mittelbaren Flüchtlingslasten (§ 5 Nr. 3) werden insgesamt mit einem Rechnungsbetrag von 400 000 000 DM angesetzt. Der Rechnungsanteil des einzelnen Landes ist auf der Grundlage der Zahl der in seinem Gebiet am 1. April 1950 wohnhaften Heimatvertriebenen und aus Berlin und der

sowjetischen Besatzungszone Zugewanderten errechnet. Hiernach entfallen auf die Länder die folgenden Rechnungsanteile:

| | |
|---|---|
| Baden | 5 538 000 DM |
| Bayern | 95 617 000 DM |
| Bremen | 2 274 000 DM |
| Hamburg | 7 308 000 DM |
| Hessen | 35 385 000 DM |
| Lindau | 282 000 DM |
| Niedersachsen | 92 823 000 DM |
| Nordrhein-Westfalen | 69 104 000 DM |
| Rheinland-Pfalz | 6 604 000 DM |
| Schleswig-Holstein | 43 805 000 DM |
| Württemberg-Baden | 35 510 000 DM |
| Württemberg-Hohenzollern | 5 750 000 DM |

### § 9

### Lasten der Dauerarbeitslosigkeit

Die durch hohe Dauerarbeitslosigkeit verursachten Lasten (§ 5 Nr. 4) werden insgesamt mit einem Rechnungsbetrag von 40 000 000 DM angesetzt. Der Rechnungsanteil des einzelnen Landes ist auf der Grundlage der Zahl der Arbeitslosen errechnet, soweit deren Zahl in einzelnen Arbeitsamtsbezirken am 30. September 1949, 31. Dezember 1949, 31. März 1950 und 30. Juni 1950 im Durchschnitt 15 vom Hundert der Arbeitnehmer überstiegen hat. Hiernach entfallen auf die Länder die folgenden Rechnungsanteile:

| | |
|---|---|
| Bayern | 9 150 000 DM |
| Hessen | 650 000 DM |
| Niedersachsen | 11 900 000 DM |
| Rheinland-Pfalz | 100 000 DM |
| Schleswig-Holstein | 18 200 000 DM |

### § 10

### Zinslasten der Ausgleichsforderungen

Als Rechnungsanteil eines Landes an den Zinslasten der Ausgleichsforderungen (§ 5 Nr. 5) gelten die von ihm im Rechnungsjahr 1950 geleisteten Ausgaben zur Erfüllung seiner Zinsverbindlichkeiten gegenüber den Geldinstituten, den Versicherungsunternehmen und den Bausparkassen auf Grund des Dritten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnungen. Soweit die Ausgaben unter den Ländern gesondert ausgeglichen worden sind, ist dies bei der Bemessung der Rechnungsanteile zu berücksichtigen.

### § 11

### Hochschullasten

Die durch die Unterhaltung der Universitäten und Technischen Hochschulen verursachten Lasten (§ 5 Nr. 6) werden insgesamt mit einem Rech-

nungsbetrag von 150 000 000 DM angesetzt. Der Rechnungsanteil des einzelnen Landes ist auf der Grundlage der Zahl der Studierenden im Winterhalbjahr 1949/50 errechnet. Hiernach entfallen auf die Länder die folgenden Rechnungsanteile:

| | |
|---|---|
| Baden | 5 828 000 DM |
| Bayern | 35 139 000 DM |
| Hamburg | 7 083 000 DM |
| Hessen | 16 776 000 DM |
| Niedersachsen | 15 615 000 DM |
| Nordrhein-Westfalen | 28 595 000 DM |
| Rheinland-Pfalz | 8 998 000 DM |
| Schleswig-Holstein | 4 946 000 DM |
| Württemberg-Baden | 20 455 000 DM |
| Württemberg-Hohenzollern | 6 565 000 DM |

## § 12

### Hafenlasten

Die Lasten der Hansestädte aus der Unterhaltung ihrer Seehäfen (§ 5 Nr. 7) werden mit den folgenden Rechnungsanteilen angesetzt:

| | |
|---|---|
| Bremen | 13 000 000 DM |
| Hamburg | 22 000 000 DM |

## § 13

### Aufbringungsanteile

Die Aufbringungsanteile der ausgleichspflichtigen Länder werden auf Grund des Betrages errechnet, um den ihre Finanzkraftmeßzahl ihre Ausgleichsmeßzahl (§ 15) übersteigt. Hierbei werden von der Finanzkraftmeßzahl eines Landes, die zwischen 100 und 110 vom Hundert der Ausgleichsmeßzahl liegt, ein Viertel und von der Finanzkraftmeßzahl, die 110 vom Hundert der Ausgleichsmeßzahl übersteigt, die Hälfte des übersteigenden Betrages angesetzt.

## § 14

### Zuweisungsanteile

Die Zuweisungsanteile der ausgleichsberechtigten Länder werden auf Grund des Betrages errechnet, um den ihre Finanzkraftmeßzahl hinter ihrer Ausgleichsmeßzahl zurückbleibt. Hierbei werden von dem Betrag, der an 90 vom Hundert der Ausgleichsmeßzahl fehlt, die Hälfte und von dem Betrag, der an 100 vom Hundert der Ausgleichsmeßzahl fehlt, ein Viertel angesetzt.

## § 15

### Ausgleichsmeßzahl

Die Ausgleichsmeßzahl eines Landes ist die mit seiner veredelten Einwohnerzahl (§ 16) vervielfachte bundesdurchschnittliche Finanzkraftmeßzahl je Einwohner.

## § 16

### Einwohnerzahl

Zur Errechnung der Ausgleichsmeßzahl wird von den Einwohnerzahlen ausgegangen, die das Statistische Bundesamt nach dem Stand vom 30. Juni 1949 festgestellt hat. Die Einwohnerzahlen der Gemeinden eines Landes werden mit den folgenden Ansätzen je Einwohner gewertet:

die ersten
5 000 Einwohner einer Gemeinde mit 100 v.H.,
die weiteren
15 000 Einwohner einer Gemeinde mit 115 v.H.,
die weiteren
80 000 Einwohner einer Gemeinde mit 125 v.H.,
die weiteren
400 000 Einwohner einer Gemeinde mit 135 v.H.,
die weiteren
Einwohner einer Gemeinde mit 140 v.H.

Die hiernach errechnete überhöhte Einwohnerzahl eines Landes wird mit einem für alle Länder einheitlichen Vomhundertsatz auf die wirkliche Einwohnerzahl des Bundesgebietes umgerechnet (veredelte Einwohnerzahl).

## § 17

### Sonderzuweisungsanteil des Landes Schleswig-Holstein

Das Land Schleswig-Holstein erhält einen Sonderzuweisungsanteil in Höhe von 25 vom Hundert des Betrages, um den seine Finanzkrafmeßzahl je veredelten Einwohner hinter der Finanzkraftmeßzahl des nächst-finanzschwachen Landes je veredelten Einwohner zurückbleibt.

## § 18

### Sonderzuweisungsanteil des Landes Baden

Das Land Baden erhält zur Milderung der Notlage der Stadt Kehl einen Sonderzuweisungsanteil in Höhe von 2 000 000 DM.

## § 19

### Kreis Lindau

Der bayerische Kreis Lindau gilt als Land im Sinne dieses Gesetzes.

## § 20

### Vorauszahlungen

Die ausgleichspflichtigen Länder sind verpflichtet, Vorauszahlungen zu leisten.

## § 21

### Durchführung des Gesetzes

(1) Die Länder sind verpflichtet, dem Bundesminister der Finanzen die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Rechtsverordnung die Vorauszahlungen der ausgleichspflichtigen Länder an die ausgleichsberechtigten Länder zu bestimmen und den Zahlungsverkehr unter den Ländern zu regeln.

## § 22

### Vorläufige Finanzhilfe für das Land Schleswig-Holstein

(1) Das Gesetz über eine vorläufige Finanzhilfe für das Land Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1950 vom . . . . . (BGBl. S. . . . .) tritt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.

(2) Die auf Grund des im Absatz 1 bezeichneten Gesetzes oder auf Grund einer entsprechenden Vereinbarung der Länder geleisteten Zahlungen werden mit den nach diesem Gesetz zu leistenden Beiträgen und Zuschüssen verrechnet.

## § 23

### Inkrafttreten

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1950 in Kraft.

# Begründung

**zum Entwurf eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950**

## A. Allgemeiner Teil

### I. Die Wirkungen der finanzverfassungsrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes auf die Länderhaushalte

1. Das Grundgesetz grenzt die Finanzverantwortung zwischen Bund und Ländern dergestalt ab, daß es die Ausgabelasten, die ihrer Natur nach vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit zu vertreten sind und daher nur zentral getragen werden können, auf die höhere Ebene des Bundes verlagert und zugleich die Steuern dem Bunde zuweist, deren Belastungswirkung vorwiegend die Gesamtbevölkerung trifft, steuerwirtschaftlich also über den Bereich eines einzelnen Landes hinausgreift. Hiernach sind mit Wirkung vom 1. April 1950 die im Ersten Überleitungsgesetz näher bezeichneten Kriegsfolge- und Soziallasten und eine Reihe weiterer überregionaler Ausgaben (Wasserstraßen, Fernverkehrsstraßen, Bundesfinanzverwaltung u. a.) von den Ländern auf den Bund übergegangen; vom gleichen Zeitpunkt fließen die bisher von den Ländern vereinnahmten Verbrauchsteuern (mit Ausnahme der Biersteuer), die Umsatzsteuer und die Beförderungsteuer dem Bundeshaushalt zu. Die finanzwirtschaftliche Bedeutung dieses Überleitungsvorganges wird dadurch gekennzeichnet, daß Ausgabelasten im vorjährigen Gesamtbetrage von über 8 Milliarden DM und im diesjährigen Gesamtbetrage von annähernd 10 Milliarden DM ihren Träger gewechselt haben. Die Verlagerung einer Finanzmasse von solchem Ausmaß bedeutet für die Länderhaushalte eine einschneidende Änderung ihres Umfangs und Gefüges. Die Gesamthaushaltssumme der Länder ist auf die Hälfte des Vorjahresbetrages zusammengeschrumpft; ihr Finanzbedarf wird jetzt im wesentlichen durch die herkömmlichen Aufgaben der allgemeinen Staatsverwaltung und die gemeindlichen Zuschußbedürfnisse bestimmt; das Schwergewicht ihres Steuerhaushalts konzentriert sich zur Hauptsache auf die Personalsteuern, insbesondere die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

2. Für die Gesamtheit der Länder bedeutet der Überleitungsvorgang zunächst eine haushaltswirtschaftliche Verbesserung, weil die Entlastung auf der Ausgabenseite (rd. 8 290 Mill. DM) die Einbuße an Steuereinnahmen (rd. 7 420 Mill. DM) übersteigt. Für

1950 ergibt sich für die Länder eine weitere Haushaltsverbesserung aus der ihnen vom Bunde zu gewährenden Kostenerstattung für die Verwaltung von Bundessteuern (Saldo: rd. 90 Mill. DM), auf der anderen Seite aber eine erhebliche Haushaltsverschlechterung aus der im § 2 des Ersten Überleitungsgesetzes normierten Verpflichtung, prozentuale Anteile an den vom Bund übernommenen Kriegsfolge- und Soziallasten — sog. Interessenquoten — aufzubringen (rd. 1 130 Mill. DM). Insgesamt hat sich hiernach die Haushaltslage der Länder im Zusammenhang mit dem Übergang von Lastung und Deckungsmitteln auf den Bund gegenüber dem Vorjahre um rd. 170 Mill. DM verschlechtert.

3. Für die einzelnen Länder hat sich die Überleitung finanziell sehr unterschiedlich ausgewirkt, und zwar günstig oder ungünstig, je nach dem quantitativen Verhältnis, in dem die auf den Bund übergegangenen Lasten und Deckungsmittel im Vorjahre zu einander gestanden haben. Eine Verbesserung hat sich für die steuerschwachen, aber mit Kriegsfolgen überlasteten Länder ergeben, weil ihre Entlastung auf der Ausgabenseite höher ist als die Einbuße, die sie durch den Steuerverlust erlitten haben. Dagegen sind die Länder fühlbar geschwächt worden, die bisher über ein verhältnismäßig hohes Verbrauch- und Umsatzsteueraufkommen verfügt haben, mit Kriegsfolge- und Sozialausgaben über nicht übermäßig belastet waren. Der horizontale Ausgleichseffekt, der sich aus dieser unterschiedlichen Wirkung des (vertikalen) Überleitungsvorganges ergibt, wird allerdings durch die entgegengesetzte Wirkung der im § 2 des Ersten Überleitungsgesetzes vorgesehenen Interessenquotenregelung nicht unerheblich abgeschwächt; denn die nach dieser Bestimmung aufzubringenden Länderanteile treffen die einzelnen Länder in etwa demselben Verhältnis, in dem sie bisher mit Kriegsfolge- und Soziallasten belastet waren. Die ausgleichende Wirkung des Überleitungsvorganges erfährt eine weitere und für einzelne Länder entscheidende Schwächung durch den Wegfall der Zuschüsse und Beiträge des vorjährigen Länderfinanzausgleichs (Gesetze vom 6. August 1949 — WiGBl. S. 235 — und vom 21. März 1950 — BGBl. S. 43 —). Denn dieser Finanzausgleich begünstigte die Länder mit hohen Kriegsfolge- und Sozialausgaben und belastete die Länder mit hohen Verbrauchssteuer- und Umsatzsteueraufkommen; sein Wegfall gleicht daher die finanziellen Vorteile und Nachteile, die der Vollzug des Grundgesetzes für die einzelnen Länder mit sich bringt, zum ansehnlichen Teil wieder aus.

4. Die als Anlage 1 beigefügte Übersicht veranschaulicht die finanziellen Wirkungen der Überleitung auf die Länderhaushalte im einzelnen. Sie läßt erkennen, daß die Entlastungswirkung für einige besonders finanzschwache Länder durch die belastenden Faktoren fast aufgehoben, zum Teil sogar überkompensiert wird. Die Übersicht verdeutlicht ferner, daß der Vollzug des Grundgesetzes für die meisten Länder zu finanziellen Ergebnissen führt, die in keiner inneren Beziehung zu den ihnen verbliebenen Lasten und Deckungsmitteln stehen. Werden die Steuereinnahmen der Länder, die ihnen im Rechnungsjahr 1949 nach Abzug der (jetzigen) Bundeslasten und nach Vollzug des vorjährigen Finanzausgleichs für ihre allgemeinen Staatsaufgaben zur Verfügung gestanden haben (a), mit den Steuereinnahmen

verglichen, die ihnen in diesem Rechnungsjahr nach Abzug der Interessenquoten für ihre allgemeinen Staatsaufgaben zur Verfügung stehen (b), so ergibt sich folgendes Bild:

| Land | Mill. DM | | DM je Einwohner** | | Anteil in v. H. | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | a | b* | a | b | a | b |
| Baden | 99,8 | 92,8 | 83,28 | 77,44 | 1,6 | 1,9 |
| Bayern | 736,8 | 822,6 | 82,71 | 92,35 | 12,2 | 16,6 |
| Bremen | 282,4 | 108,8 | 452,56 | 174,36 | 4,7 | 2,2 |
| Hamburg | 585,0 | 345,6 | 308,05 | 181,98 | 9,7 | 7,0 |
| Hessen | 345,7 | 459,2 | 82,56 | 109,66 | 5,7 | 9,3 |
| Niedersachsen | 609,4 | 482,2 | 91,99 | 72,79 | 10,0 | 9,8 |
| Nordrhein-Westfalen | 2 310,6 | 1 678,2 | 170,63 | 123,93 | 38,1 | 34,0 |
| Rheinland-Pfalz | 238,7 | 195,4 | 87,71 | 71,80 | 3,9 | 4,0 |
| Schleswig-Holstein | 205,6 | 111,3 | 77,62 | 42,02 | 3,4 | 2,2 |
| Württemberg-Baden | 526,1 | 535,6 | 136,62 | 139,08 | 8,7 | 10,8 |
| Württemberg-Hohenzollern | 107,0 | 100,4 | 102,97 | 96,62 | 1,8 | 2,2 |
| Bundesgebiet (einschl. Lindau) | 6 059,6 | 4 939,7 | 128,13 | 104,45 | 100,0 | 100,0 |

* Die Beträge für 1950 sind geschätzt; vgl. dazu Anlagen 2 und 5.

** Zugrundegelegt sind die veredelten Einwohnerzahlen; vgl. dazu Nr. 27 und Anlage 12.

Die Übersicht läßt erkennen, daß sich die Finanzlage fast aller Länder gegenüber dem Vorjahre verschlechtert, und daß eine merkliche Verschiebung in den Finanzkraftrelationen stattgefunden hat. Die Hansestädte stehen trotz der erheblichen Einbußen, die sie durch den Überleitungsvorgang erlitten haben, nach wie vor an der Spitze der Steuerkraftziffern, während andererseits die leistungsschwächsten Länder, namentlich Schleswig-Holstein, zusätzlich eine beträchtliche Schwächung erfahren haben. Insgesamt ergibt sich, daß das Gewicht der Faktoren, die in diesem Jahre zur grundlegenden Umgestaltung der Länderhaushalte geführt haben, die einzelnen Länder ganz unterschiedlich getroffen hat. Diese Ergebnisse bedürfen der Korrektur durch einen horizontalen Finanzausgleich, der die Finanzausstattung der einzelnen Länder den Verhältnissen anzupassen hat, in denen ihre Finanzkraft und ihr Finanzbedarf jetzt zu einander stehen. Ein solcher Finanzausgleich erweist sich auch deshalb als erforderlich, weil den Ländern bestimmte Lasten von übergebietlicher Bedeutung und unterschiedlichem Gewicht verblieben sind, die aus verfassungsrechtlichen und finanztechnischen Gründen nicht als geschlossene und eindeutig abgrenzbare Kosteneinheiten aus den Länderhaushalten herausgelöst und auf den Bundeshaushalt übergeführt werden können; diese Lasten — zu denen z. B. die Kriegszerstörungslasten gehören — stellen Gemeinschaftslasten dar und müssen im Rahmen eines horizontalen Finanzausgleichs den unmittelbar betroffenen Ländern tragbar gestaltet werden.

## II. Die Grundsätze der Finanzausgleichsregelung

5. Das Gesetz stellt sich die Aufgabe, die finanziellen Beziehungen unter den Ländern für das Rechnungsjahr 1950 auf der Grundlage der neuen Finanzverfassung nach objektiven Maßstäben so zu ordnen, daß auch die finanzschwächeren Länder zur Erfüllung ihrer lebenswichtigen Staatsaufgaben befähigt werden. Zur zeitlichen Beschränkung des Gesetzes auf das laufende Rechnungsjahr zwingt die Erkenntnis, daß die künftige Entwicklung der staatsorganisatorischen, wirtschaftlichen und finanziellen Tatbestände, von denen eine Finanzausgleichsregelung auszugehen hat, gegenwärtig so wenig übersehen werden kann, daß es ausgeschlossen erscheint, die den einzelnen Ländern zukommende Finanzausstattung auf längere Sicht zahlenmäßig richtig abzugrenzen. Auch die finanzverfassungsrechtlichen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern, insbesondere die Abgrenzung der Finanzverantwortung und die Aufteilung der Steuerertragshoheit, haben noch keine feste Gestalt gewonnen (Artikel 107, 109 des Grundgesetzes). Es kommt hinzu, daß dieser erste Schritt zu einem geordneten Länderfinanzausgleich keineswegs schon eine voll befriedigende Lösung bietet; die ihr anhaftenden, in erster Linie technisch bedingten Mängel werden sich erst allmählich auf Grund der zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen überwinden lassen.

6. Das Gesetz gründet sich auf Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes; die zu seinem Vollzug erforderlichen Mittel werden nach dieser Bestimmung ausschließlich der Länderfinanzmasse entnommen. Den Gedanken der föderativen Zusammengehörigkeit aller Länder, der hier finanzverfassungsrechtlich zum Ausdruck kommt, verwirklicht das Gesetz in der Weise, daß die leistungsfähigeren Länder verpflichtet werden, mit ihrer überschüssigen Finanzkraft zur Deckung des unabweisbaren Bedarfs der notleidenden Länder beizutragen. Das Ziel soll sein, in allen Ländern ein tragbares Spannungsverhältnis zwischen den staatlichen Pflichtaufgaben und den finanziellen Deckungsmöglichkeiten zu schaffen. Aus dem Wesen der Gemeinschaftshilfe folgt indessen, daß der Finanzausgleich nur subsidiären Charakter haben kann und lediglich zur Milderung, nicht zur Nivellierung der natürlichen Finanzkraftunterschiede führen darf. Die Regelung beschränkt sich deshalb auf einen Spitzenausgleich; sie ist in ihrer Grundkonstruktion so gestaltet, daß die finanzielle Eigenverantwortung der Länder unangetastet bleibt und ihr Wille zur Selbsthilfe nicht geschwächt wird. Die Ausgleichsregelung beläßt mithin dem einzelnen Lande die volle Selbstbestimmung über seine Finanzgebarung und eröffnet ihm nicht die Möglichkeit, eine aufwendige Haushaltspolitik auf Kosten der anderen Länder zu betreiben.

7. Die Aufgabe, die der Ländergemeinschaft für einen finanziellen Ausgleich zur Verfügung stehenden Mittel gerecht und wirtschaftlich zu verteilen, gestaltet sich besonders deshalb schwierig, weil als gleichberechtigte Partner an dieser Auseinandersetzung Länder beteiligt sind, die in ihrer Größe, ihrer Bevölkerung, ihrem Sozialgefüge und ihrer Wirtschaftsstruktur außerordentlich stark voneinander abweichen. Daraus erklärt sich die große Spanne der Finanzkraftunterschiede. Der Finanzausgleich

ist seiner Natur nach außerstande, diese Spanne zugunsten der schwachen Länder nachhaltig zu verringern, weil er nur auf die Symptome, nicht auf die Ursachen ihrer Hilfsbedürftigkeit einwirken kann. Das bundesstaatliche Finanzausgleichsproblem könnte wesentlich erleichtert und wirksamer gelöst werden, wenn es gelänge, eine den wirtschaftsgeographischen Erfordernissen entsprechende Neugliederung des Bundesgebietes und damit eine größere Homogenität und innere Ausgeglichenheit der einzelnen Länder zu erreichen. Der Zielsetzung des Artikels 29 des Grundgesetzes hat auch das Finanzausgleichsgesetz zu dienen: die Ausgleichsregelung darf insbesondere nicht die Wirkung haben, daß die Reformbedürftigkeit unhaltbarer Ländergrenzen durch ein unwirtschaftliches Subventionssystem verschleiert wird. Es ist daher nicht Aufgabe des Finanzausgleichs, lebensunfähige Länder, die nur einer verfehlten Grenzziehung ihre Existenz verdanken, künstlich am Leben zu erhalten; solchen Gebieten kann allenfalls für eine Übergangszeit das staatliche Existenzminimum gesichert werden, bis durch raumwirtschaftliche Neuordnungsmaßnahmen leistungsfähige und in sich ausgewogene Ländereinheiten geschaffen sind. Es muß zudem aus volkswirtschaftlichen Gründen vermieden werden, die Industrieländer, deren Wirtschaft heute einen verhältnismäßig hohen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands leistet, in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit durch übermäßigen Mittelentzug zu schwächen, zumal es dieselben Länder sind, die bereits durch die nivellierende Wirkung des Überleitungsvorganges beträchtliche finanzielle Einbußen erlitten haben und nunmehr gezwungen sind, den Zuschnitt ihrer Haushaltswirtschaft unvermittelt auf ein sehr viel niedrigeres Niveau zurückzuschrauben. Erschwerend kommt in diesem Rechnungsjahr hinzu, daß die finanzielle Bewegungsfreiheit aller Länder, insbesondere aber der steuerkräftigen Gebiete durch Einnahmeausfälle eine nicht unwesentliche Einengung erfahren hat, was zwangsläufig zu einer Reduzierung der für den Finanzausgleich verfügbaren Manövriermasse führen muß. Die in diesem Gesetz vorgesehenen Ausgleichsleistungen sind deshalb so bemessen worden, daß sie zwar den Notbedarf der finanzschwachen Länder decken, sich aber in den Grenzen halten, die den Ansprüchen dieser Länder durch die verminderte Leistungsfähigkeit der übrigen Länder gesetzt sind.

8. Die Ausgleichsregelung beschränkt ihren Wirkungsbereich nicht auf die Länderhaushalte im eigentlichen Sinne, sondern berücksichtigt auch die gemeindliche Finanzwirtschaft. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Kommunalfinanzen im Rahmen der Länderfinanzwirtschaft relativ an Bedeutung und Gewicht gewonnen haben, seitdem die großen Zentrallasten aus den Länderhaushalten herausgelöst und auf den Bund übergeführt worden sind. Die Unterschiede im Finanzbedarf der einzelnen Länder werden jetzt entscheidend auch von den Aufgaben bestimmt, die im gemeindlichen Bereich anfallen. Daraus ergibt sich für den Länderfinanzausgleich die umfassendere Zielsetzung, die leistungsschwächeren Länder finanziell so zu stellen, daß sie auch die gemeindlichen Bedarfsunterschiede wirksam ausgleichen und die Gemeinden zur angemessenen Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben befähigen können. Mit dem Einbau kommunalfinanzwirtschaftlicher Elemente in die Ausgleichsregelung sind auch die Voraussetzungen geschaffen, die es me-

thodisch gestatten, die beiden Hansestädte in einen Länderfinanzausgleich einzubeziehen und sie damit finanzausgleichsrechtlich den übrigen Ländern gleichzustellen.

9. Der Finanzausgleich bewegt sich ausschließlich in der Sphäre des ordentlichen Haushalts. Die Beengtheit der insgesamt verfügbaren Ausgleichsmasse gestattet es nicht, Vorhaben und Aufgaben der Länder zu berücksichtigen, die nur unter Einsatz außerordentlicher Mittel verwirklicht werden können. Die unterschiedlichen Wiederaufbaubedürfnisse der einzelnen Länder sind daher hier außer Betracht gelassen; sie werden — soweit möglich und erforderlich — im Rahmen der zentralen Investitionsprogramme berücksichtigt.

## III. Die Methode der Finanzausgleichsregelung

10. Da der Finanzausgleich das Mißverhältnis zwischen den regionalen Aufgaben und der regionalen Wirtschaftskraft mildern soll, müssen die finanzwirtschaftlichen Tatbestände, auf die sich die Ausgleichsregelung gründen soll, aus zwei (mit einander zu kombinierenden) Elementen gewonnen werden: dem Finanzbedarf und der finanziellen Leistungsfähigkeit. Es würde nicht genügen, den Ausgleich etwa auf eine Umschichtung der Steuerkraft zu beschränken, weil die Gunst oder Ungunst der Finanzlage eines Landes nicht allein nach seiner Steuerstärke oder Steuerschwäche zutreffend beurteilt werden kann. Ein solches Verfahren würde insbesondere solche Länder benachteiligen, deren überdurchschnittliches Steueraufkommen durch relativ hohe Ausgabelasten übermäßig beansprucht wird; es wäre auch volkswirtschaftlich verfehlt, diesen Ländern die Fähigkeit zu solchen Mehraufwendungen zu nehmen, weil der höhere Mitteleinsatz vielfach erst die Voraussetzung dafür schafft, daß das höhere Steueraufkommen überhaupt erzielt werden kann.

Der Versuch, die Finanzgebarung der einzelnen Länder nur auf der Ausgabenseite zu vergleichen und hieraus einen angemessenen Normalfinanzbedarf für alle Länder zu gewinnen, erweist sich ebenfalls als undurchführbar, weil die Länder unter sich zu wenig homogen und ihre Aufgaben zu vielgestaltig sind.

11. Im Finanzausgleichsverfahren sind nicht in erster Linie die absoluten Werte, sondern die Relationen ausschlaggebend, in denen die finanzwirtschaftlichen Tatbestände der einzelnen Länder zu einander stehen. Für die auszugleichenden Belastungsunterschiede müssen deshalb Beziehungswerte gewonnen werden, die einen möglichst objektiven Vergleich von Land zu Land gestatten. Daraus folgt, daß Maßstäbe für die Leistungsfähigkeit eines Landes nur aus den Einnahmen gewonnen werden können, die nach bundeseinheitlichem Recht erhoben werden; desgleichen können Belastungen nur insoweit im Finanzausgleich berücksichtigt werden, als sie sich auf ökonomische Tatbestände oder Bedarfsmerkmale zurückführen lassen, die ihrerseits interregional vergleichbar sind. Damit wird methodisch sichergestellt, daß für das Ausgleichsverfahren einheitliche Bemessungsgrundlagen gewonnen, die auszugleichenden Belastungsunterschiede

objektiviert und die individuellen, meist willensmäßig bedingten Einflüsse auf die Haushaltsgebarung der einzelnen Länder ausgeschaltet werden.

12. Der nach diesem Gesetz zu vollziehende Finanzausgleich beruht auf der folgenden Grundkonstruktion:

Von den Steuereinnahmen eines Landes und seiner Gemeinden werden bestimmte Lasten, die wegen ihrer überregionalen Bedeutung und ungleichmäßigen Verteilung ausgeglichen werden sollen, in Abzug gebracht. Es verbleiben die Steuereinnahmen, die dem Lande (und seinen Gemeinden) zur Erfüllung der sonstigen, in allen Ländern annähernd gleichmäßig anfallenden Aufgaben zur Verfügung stehen. Die Höhe dieses Betrages stellt die Finanzkraft des Landes dar; sie wird mit der bundesdurchschnittlichen Finanzkraft verglichen. Der Unterschied zwischen der tatsächlichen und der bundesdurchschnittlichen Finanzkraft (Überschuß oder Fehlbetrag) wird in angemessenem Umfang ausgeglichen.

## IV. Die Steuereinnahmen

13. Die Maßstäbe für die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Länder werden bestimmten Steuereinnahmen entnommen, die in ihrem Bereich erzielt werden. Die Verwaltungs- und Betriebseinnahmen der Länder, die nur etwa 15 v.H. ihrer ordentlichen Gesamteinnahmen ausmachen, sind nicht interregional vergleichbar und bleiben daher außer Betracht. Da das Aufkommen der Steuern, die den Ländern nach bundeseinheitlichem Recht zufließen, maßgebend den Rahmen ihrer Haushaltswirtschaft bestimmt, bildet es einen hinreichend geeigneten Maßstab für den Grad ihrer finanziellen Leistungskraft. Regionale Ungleichheiten, die sich aus einer unterschiedlichen Erhebungspraxis der einzelnen Länder ergeben können, lassen sich technisch in diesem Rechnungsjahr noch nicht ganz beseitigen. Es wird zu prüfen sein, ob es sich zur Ausschaltung dieser Unebenheiten empfiehlt, die Steuerkraftrelationen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer in Zukunft auf der Grundlage des (vorjährigen) Veranlagungssolls zu ermitteln. Zur Gewinnung wirtschaftsgerechter Steuerkraftwerte wird ferner zu erwägen sein, das Veranlagungssoll künftig nach den Regeln des Forensalprinzips in den Fällen zu zerlegen, in denen die steuerwirtschaftlichen Beziehungen der Pflichtigen hinsichtlich ihrer gewerblichen Einkünfte in andere Länder übergreifen.

Aus technischen Gründen muß für dieses Rechnungsjahr von den reinen Aufkommenszahlen ausgegangen werden. Hierbei bleiben die Einnahmen der Länder aus der Totalisatorsteuer und der Feuerschutzsteuer außer Betracht, weil diese Steuern in ihrer Verwendung zweckgebunden sind, ihr Aufkommen daher nach Maßstäben verteilt werden muß, die der steuerlichen Zweckbestimmung entsprechen.

Eine Übersicht über die für das Rechnungsjahr 1950 veranschlagten, in den Finanzausgleich einzubeziehenden Steuereinnahmen der Länder ist als Anlage 2 beigefügt. Die hier mitgeteilten Beträge (Gesamtaufkommen: rund 6 Milld. DM) vermitteln nur einen ungefähren Anhalt für die mutmaßlichen Größenordnungen; der Vollzug des Finanzausgleichs richtet sich nach den tatsächlichen Steuereinnahmen. Namentlich bei der Ein-

kommensteuer und der Körperschaftsteuer ist die diesjährige Entwicklung (insgesamt und im Verhältnis von Land zu Land) so wenig übersehbar, daß Aufkommensschätzungen der Ausgleichsregelung nicht zugrundegelegt werden können.

14. Aus den unter Nr. 8 dargelegten Gründen wird auch die gemeindliche Realsteuerkraft zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder herangezogen, zumal sie gleichzeitig den Zuweisungsbedarf im gemeindlichen Finanzausgleich und damit einen gewichtigen Posten auf der Ausgabenseite der Länderhaushalte beeinflußt. Die Realsteuereinnahmen (Grund- und Gewerbesteuer) lassen sich auch im Gegensatz zu den übrigen (finanziell nicht ins Gewicht fallenden) Kommunalsteuern und den sonstigen Einnahmen der Gemeinden auf einen einheitlichen Nenner bringen, da sie nach bundeseinheitlichem Recht erhoben werden; ihr Aufkommen betrug im Rechnungsjahr 1949 annähernd 2 Milld. DM (ohne Lohnsummensteuer). Da Realsteuermeßbetragsverzeichnisse nicht zur Verfügung stehen, müssen zur Erzielung der interregionalen Vergleichbarkeit die örtlich unterschiedlichen Hebesätze durch einheitliche, kommunalfinanzwirtschaftlich zumutbare Hebesätze ersetzt werden. Dies ist in der Weise geschehen, daß aus dem kassenmäßigen Aufkommen des Rechnungsjahres 1949 durch rechnerische Ausschaltung der örtlichen Hebesätze die sog. Grundbeträge ermittelt und diese mit den bundesdurchschnittlichen Hebesätzen vervielfacht wurden. Der Bundesdurchschnitt ist zugrundegelegt worden, weil es für die Angemessenheit der steuerlichen Anspannungssätze einen anderen objektiven Wertmaßstab nicht gibt. Das zahlenmäßige Ergebnis ist in den als Anlagen 3 und 4 beigefügten Übersichten dargestellt. Technische Gründe machen es erforderlich, den Maßstab der Realsteuerkraft aus den Ergebnissen des Rechnungsjahres 1949 zu gewinnen. Die Heranziehung des Vorjahresaufkommens ist unschädlich, weil davon ausgegangen werden kann, daß sich die Steuerkraftrelationen in diesem Rechnungsjahr nicht nennenswert geändert haben.

Das Aufkommen aus der Lohnsummensteuer ist bei der Ermittlung der Realsteuerkraft außer Betracht gelassen, da diese Steuer nicht von allen Gemeinden (vorwiegend nur in Nordrhein-Westfalen und Hamburg) erhoben wird und methodisch keine Möglichkeit besteht, für alle Gemeinden eine hypothetische Ertragsfähigkeit aus der Lohnsummensteuer zu ermitteln.

## V. Die Ausgleichslasten

15. Zur Vermeidung einer übermäßigen Komplizierung des Verfahrens und aus den unter III dargelegten Gründen ist der finanzielle Ausgleich auf die Lasten beschränkt worden, die ihrem Wesen und Umfang nach über den Verantwortungsbereich eines einzelnen Landes hinausgehen, mit ihrem finanziellen Gewicht die einzelnen Länder sehr unterschiedlich treffen und nach Grund und Höhe interregional vergleichbar sind. Diese Voraussetzungen treffen auf die folgenden Lasten zu:

a) Anteile der Länder an den vom Bund übernommenen Kriegsfolge- und Soziallasten

16. Die Vorschrift des § 2 des Ersten Überleitungsgesetzes, die den Ländern für das Rechnungsjahr 1950 eine prozentuale Beteiligung an bestimmten Bundeslasten (Interessenquoten) auf-

erlegt, beruht auf einer im Vorjahre der Bundesregierung unterbreiteten Empfehlung der Ministerpräsidentenkonferenz. In dieser Empfehlung ist zugleich die Erwartung ausgesprochen worden, daß die unterschiedliche Belastung, die sich aus der Interessenquotenregelung für die einzelnen Länder ergibt, im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs angemessen berücksichtigt werde. Anläßlich der parlamentarischen Beratung des Ersten Überleitungsgesetzes ist diese Forderung erneut erhoben worden. Sie ist finanzwirtschaftlich begründet, weil die regionale Gewichtsverteilung der Interessenquotenbelastung in keiner inneren Beziehung zur regionalen Finanzkraft steht (vergl. Nr. 4). Die Einbeziehung der Länderanteile in den horizontalen Finanzausgleich steht auch nicht im Widerspruch zu dem mit dieser Anteilsregelung verfolgten Zweck, die Verwaltungen der Länder an der wirtschaftlichen Verwendung der Bundesmittel unmittelbar finanziell zu interessieren. Denn die Interessenquotenbelastung bildet nur ein Element für die Finanzausgleichsrechnung; sie wird nicht voll ausgeglichen und behält daher für die Haushaltswirtschaft des belasteten Landes die ihr zugedachte Wirkung.

Aus der Anlage 5 sind die für das Rechnungsjahr 1950 veranschlagten Länderanteile im einzelnen ersichtlich. Für den Vollzug des Finanzausgleichs ist die tatsächliche Beteiligung der Länder an den Bundesausgaben maßgebend.

b) Kriegszerstörungslasten und mittelbare Flüchtlingslasten

17. Unter den Kriegsfolgelasten, die nicht auf den Bundeshaushalt übergegangen sind (vergl. Nr. 4), nehmen die Kriegszerstörungslasten und die sog. mittelbaren Flüchtlingslasten finanziell den größten Raum ein. Ein horizontales Ausgleichsbedürfnis ergibt sich offensichtlich daraus, daß die einzelnen Länder von den Zerstörungen des Krieges und vom Bevölkerungszustrom der Kriegs- und Nachkriegszeit in sehr unterschiedlichem Ausmaß und Gewicht getroffen sind.

18. Die haushaltsmäßige Belastungswirkung der Kriegszerstörungen findet ihren Ausdruck in der allgemeinen Zunahme der Generalunkosten von Wirtschaft und Verwaltung eines kriegszerstörten Gebiets, in der Schwächung der Realsteuerkraft und der damit verbundenen Steigerung des gemeindlichen Zuweisungsbedarfs, dessen Deckung das betroffene Land zu erhöhtem Mitteleinsatz zwingt. Außerdem erfordert die Kriegsschädenbeseitigung an lebenswichtigen öffentlichen Einrichtungen beträchtliche Aufwendungen, denen sich vielfach auch der ordentliche Haushalt nicht entziehen kann, wenn empfindliche Störungen des öffentlichen Lebens — insbesondere im kommunalen Bereich — verhütet oder abgestellt werden sollen. Die Kosten des Wiederaufbaus selbst sind nicht berücksichtigt (vgl. Nr. 9).

Unter mittelbaren Flüchtlingslasten versteht das Gesetz die zusätzlichen Finanzbedürfnisse, die einzelnen Ländern durch den Zustrom von Heimatvertriebenen, Evakuierten usw. außerhalb des Sozialhaushalts erwachsen sind. Es ist unverkennbar, daß ein Land, dessen Einwohnerzahl im Zuge der ungewöhnlichen und ungelenkten Massenbewegungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre im Verhältnis zu anderen Ländern überdurchschnittlich und unvermittelt zugenommen hat, auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung (Polizei, Schulwesen, Gesundheitswe-

sen, Jugendwohlfahrt, Versorgungseinrichtungen usw.) eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung erfahren hat. Eine weitere Schwächung der Finanzstruktur des Aufnahmelandes ergibt sich daraus, daß mit den Vertriebenen durchweg Bevölkerungskreise mit geringer Steuerkraft und hoher sozialer Anfälligkeit das Zuwachselement bilden.

19. Da weder die Kriegszerstörungslasten noch die mittelbaren Flüchtlingslasten der einzelnen Länder der Höhe nach statistisch einwandfrei ermittelt werden können, lassen sich die arithmetischen Werte, mit denen beide Lastengruppen in die Ausgleichsrechnung eingehen sollen, nur durch Globalschätzungen gewinnen. Für die mittelbaren Flüchtlingslasten sind in einigen Ländern eingehende Kostenuntersuchungen angestellt worden, die zu einem Jahresdurchschnittsansatz von etwa 50 DM je Heimatvertriebenen geführt haben; auf die Gesamtzahl der Heimatvertriebenen und Zugewanderten bezogen (vgl. dazu Anlage 7) würde sich hieraus für 1950 ein Gesamtbetrag der mittelbaren Flüchtlingslasten von rd. 450 Mill. DM ergeben. Da die Größe der Bevölkerungszahl bereits in anderem Zusammenhang (vgl. Nr. 27) als lastensteigerndes Merkmal berücksichtigt wird, ist die zur Abgeltung der Flüchtlingslasten auszuwerfende Gesamtsumme reduziert und pauschal auf 400 Mill. DM bemessen worden.

Die Höhe der Kriegszerstörungslasten zutreffend zu veranschlagen, begegnet noch größeren Schwierigkeiten, weil die durch unmittelbare Kriegseinwirkungen verursachten Mehrausgaben und Mindereinnahmen als solche weder haushaltsmäßig noch finanzstatistisch ausgliederbar sind; allenfalls lassen sich die gemeindlichen Grundsteuerausfälle auf 200 bis 220 Mill. DM schätzen. Der zur Abgeltung der Kriegszerstörungslasten anzusetzende Gesamtbetrag kann deshalb nur aus der Relation gewonnen werden, in der das finanzielle Gewicht der Kriegszerstörungslasten zu dem mit 400 Mill. DM angesetzten Gewicht der mittelbaren Flüchtlingslasten steht. Bei der Bestimmung dieses Verhältnisses ist zu berücksichtigen, daß die durch Kriegszerstörungen verursachten Realsteuerausfälle in der Finanzausgleichsrechnung auch bei der Bemessung der Steuerkraft (vgl. Nr. 14) zugunsten der betroffenen Länder gewertet werden; es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß die effektive Höhe der Kriegszerstörungslasten von Ermessensentscheidungen und anderen willensmäßig bedingten Faktoren (Ausmaß der Instandsetzungen u. dgl.) stärker beeinflußt wird als die Höhe der mittelbaren Flüchtlingslasten, die sich überwiegend als zwangsläufige Folge des Bevölkerungszuwachses ergibt. Im Hinblick hierauf bewertet das Gesetz die Zerstörungslasten für 1950 mit dem gleichen Betrage, der für die mittelbaren Flüchtlingslasten ausgeworfen ist, obwohl es Anhaltspunkte geben mag, die eine höhere Bewertung der Zerstörungslasten vertretbar erscheinen lassen. Für den nächstjährigen Finanzausgleich wird diese Wertrelation auf Grund der inzwischen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen überprüft werden müssen.

20. Die für die Kriegszerstörungslasten und für die mittelbaren Flüchtlingslasten angesetzten Globalbeträge (400 + 400 Mill. DM) werden je für sich nach objektiven Bedarfsmerkmalen schlüsselmäßig auf die einzelnen Länder verteilt.

Der Maßstab für die unterschiedlichen Flüchtlingslasten ist den statistisch festgestellten Zahlen der Heimatvertriebenen und Zugewanderten (Stand vom 1. April 1950) entnommen worden; hierbei sind die Zahlen der nach der Verordnung vom 29. November 1949 (BGBl. 1950 S. 4) umzusiedelnden, am 1. April 1950 tatsächlich aber noch nicht umgesiedelten Personen zu 50 v. H. den Aufnahmeländern zugerechnet worden (vgl. Anlage 7). Der Lastenbetrag von 400 Mill. DM ist nach dem sich hieraus ergebenden Verhältnis regional aufgeteilt worden.

Die regionale Aufteilung der Kriegszerstörungslasten begegnet der Schwierigkeit, einen hinreichend zuverlässigen, als Meßzahl verwendbaren Maßstab für den unterschiedlichen Kriegszerstörungsgrad der einzelnen Länder zu finden. Das Gesetz sucht dieses technische Problem für 1950 in der Weise zu lösen, daß die während des Krieges eingetretene Minderung der Grundsteuerkraft interregional verglichen wird und die sich daraus ergebenden Unterschiede als Gradmesser für das Ausmaß der regionalen Kriegszerstörungen verwendet werden. Der Berechnung des Grundsteuerausfalls liegen die Vergleichsjahre 1942 und 1949 zugrunde, und zwar beschränkt auf die Grundsteuer B in den Gemeinden über 10 000 Einwohner. Die besonders zerstörten Erdkampfgebiete der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind in der Weise berücksichtigt, daß zugunsten dieser Länder 75 v.H. des Ausfalls der Grundsteuer A in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern hinzugerechnet sind. Die Berechnung im einzelnen ist aus der Anlage 6 ersichtlich.

c) Lasten der Dauerarbeitslosigkeit

21. In einzelnen Ländern des Bundesgebietes gibt es Notstandsbezirke, deren ungünstige Wirtschaftsstruktur in einer besonders hochgradigen Dauerarbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt. Als politische und soziale Krisenherde bedeuten diese Bezirke eine unmittelbare Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung der benachbarten Gebiete und bedrohen damit auch das Gefüge des Gesamtstaates. Hohe Dauerarbeitslosigkeit ist überdies ein Symptom für den allgemeinen Notstandsgrad eines Gebietes, insbesondere ein Kennzeichen für die soziale Anfälligkeit und Hilfsbedürftigkeit seiner Bewohner. Eine solche Situation stellt das betroffene Land namentlich auf den Gebieten des Gesundheitswesens, der Wohfahrtspflege, der Polizei u. dgl. vor besonders schwierige Aufgaben, die nur unter erhöhtem Einsatz von Haushaltsmitteln zu bewältigen sind. Darüber hinaus ergibt sich für das Land aus allgemeinen staatspolitischen Gründen die Verpflichtung, in den Notstandszentren durch Umschulung und Umsiedlung von Arbeitskräften, Errichtung von Lehrlingswerkstätten, Förderung von Notstandsarbeiten und ähnliche Maßnahmen den sozialpsychologischen Wirkungen der Dauerarbeitslosigkeit zu begegnen. Vielfach sind ordentliche Landesmittel verstärkt einzusetzen, damit die von anderen Stellen (Arbeitslosenversicherung, Grundförderung der Arbeitslosenfürsorge usw.) bereitgestellten Mittel praktisch zur Wirkung kommen können. Mit steigender Arbeitslosenziffer nehmen diese Lasten überproportional zu. Da sich die Schwerpunkte der Dauerarbeitslosigkeit überwiegend in wirtschaftsgeographisch ungünstig gelegenen Gebieten befinden, wird eine konjunkturelle Belebung der Gesamtwirtschaft erst nach geraumer Zeit zu einer Ent-

lastung dieser Bezirke führen; erfahrungsgemäß lassen sich Dauerarbeitslose nur schwer in die Wirtschaft wieder eingliedern. Da die Lasten der Dauerarbeitslosigkeit zudem sehr ungleich auf die einzelnen Länder verteilt sind, ist ihre Einbeziehung in den Finanzausgleich eine politische und finanzwirtschaftliche Notwendigkeit.

22. Berücksichtigt werden nur Arbeitsamtsbezirke, in denen die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Arbeitnehmern im Verlaufe eines Jahres (Juli 1949 bis Juni 1950) über 15 v.H. betragen, also den Bundesdurchschnitt um annähernd 5 v.H. überstiegen hat; damit werden, wie aus der Anlage 8 ersichtlich, Arbeitsamtsbezirke in den Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein mit einer Jahresdurchschnittszahl von insgesamt 795 000 Arbeitslosen erfaßt. Für den Finanzausgleich wird ein Jahresdurchschnittssatz von rd. 50 DM je Arbeitslosen zugrundegelegt und hiernach der Gesamtbetrag, mit dem die Lasten der Dauerarbeitslosigkeit abzugelten sind, auf 40 Mill. DM bemessen. Diese Summe steht in einem angemessenen und finanzwirtschaftlich begründeten Verhältnis zu den Beträgen, die zur Abgeltung der Kriegszerstörungslasten und der mittelbaren Flüchtlingslasten ausgeworfen sind (vgl. Nr. 19).

Bei der regionalen Verteilung des Gesamtbetrages ist berücksichtigt, daß die Lasten je Arbeitslosen progressiv steigen, je höher der Grad der Dauerarbeitslosigkeit im einzelnen Bezirk ist. Der angesetzte Kopfbetrag von 50 DM je Arbeitslosen kann deshalb nicht gleichmäßig nach dem Verhältnis der Arbeitslosenzahlen verteilt werden. Wie aus der Anlage 9 ersichtlich, ist eine unterschiedliche Gewichtung der Arbeitslosenzahlen nach Notstandsgruppen vorgesehen; damit wird erreicht, daß das Schwergewicht des finanziellen Ausgleichs auf die Brennpunkte der Dauerarbeitslosigkeit konzentriert wird. Besonders begünstigt werden hierdurch Schleswig-Holstein (Schleswig, Heide, Rendsburg, Flensburg, Lübeck), Niedersachsen (Wilhelmshaven, Brake, Emden, Watenstedt-Salzgitter) und Bayern (Bayerischer Wald).

Daß es sich hier zum Teil um dieselben Gebiete handelt, deren überdurchschnittlicher Finanzbedarf auch unter dem Gesichtspunkt der mittelbaren Flüchtlingslasten anerkannt wird, bedeutet keine unangemessene Doppelbegünstigung. Denn die mittelbaren Flüchtlingslasten erfassen nur die durch den Bevölkerungszuwachs als solchen verursachten Mehraufwendungen im Bereich der allgemeinen Verwaltung, nicht aber die spezifischen Bedürfnisse, die massiert in den Zentren der Dauerarbeitslosigkeit anfallen.

d) Zinslasten der Ausgleichsforderungen

23. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute (ohne Bank deutscher Länder und Postsparkasse), der Versicherungsunternehmen und der Bausparkassen sind Schuldbuchforderungen gegen die Länder; sie sind überwiegend mit 3 v.H., in bestimmten Fällen (Versicherungsunternehmen, Realkreditinstitute) mit $3^1/_2$ und $4^1/_2$ v. H. zu verzinsen. Der Gesamtbetrag dieser Ausgleichsforderungen steht noch nicht fest; zur Zeit ist er auf rd. 11,1 Milliarden DM zu veranschlagen.

Da sich die Ausgleichsforderung gegen das Land richtet, in dem das betreffende Institut seinen Sitz oder (als Filialunternehmen) seine Hauptniederlassung hat, ist die Zinsbelastung auf die einzelnen Länder sehr ungleich verteilt (vgl. hierzu die als Anlage 10 beigefügte Übersicht); die Unterschiede sind nicht allein wirtschaftsstrukturell bedingt (und insofern auch finanzwirtschaftlich begründet), sondern vielfach auf Tatbestände zurückzuführen, die sich aus den Besonderheiten der Organisation des Banken- und Versicherungswesens oder aus den Folgen des Krieges ergeben und daher zu der Finanzkraft des belasteten Landes in keiner inneren Beziehung stehen. Da die Ausgleichsforderungen entstehungsgeschichtlich und staatswirtschaftlich als eine Gesamthandsverbindlichkeit der Länder gelten können, ist es gerechtfertigt, die laufenden Lasten aus dieser Verbindlichkeit in den Länderfinanzausgleich einzubeziehen.

Die Höhe der von den Ländern im Rechnungsjahr 1950 aufzubringenden Zinsen wird zur Zeit überschläglich auf etwa 350 Mill. DM geschätzt. Da aber die Umstellungsrechnungen der forderungsberechtigten Institute zum größten Teil noch nicht bestätigt sind und mit der Zuteilung weiterer Ausgleichsforderungen (z. B. an verlagerte Institute) zu rechnen ist, läßt sich die Höhe der diesjährigen Zinsbelastung nicht zutreffend veranschlagen. Die auf die einzelnen Länder entfallenden Anteile sind auch deshalb ungewiß, weil hinsichtlich bestimmter Ausgleichsforderungen die endgültige regionale Verteilung noch nicht feststeht. Dem Vollzug des Finanzausgleichs werden deshalb die tatsächlichen Zinsausgaben der Länder zugrundegelegt; ein solches Verfahren ist hier unbedenklich, weil die Länder auf die Höhe ihrer Zinsverbindlichkeiten keinen Einfluß haben.

e) Hochschullasten

24. Nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes ist die Pflege der Wissenschaften, insbesondere auf dem Gebiete des Hochschulwesens eine den Ländern vorbehaltene Aufgabe. Das einzelne Land bestimmt mithin in eigener Verantwortung, in welchem Umfange zur Erfüllung dieser Aufgabe in seinem Bereich finanzielle Mittel aufgewendet werden sollen. Da aber die Kosten des wissenschaftlichen Forschungs- und Bildungswesens für alle Länder, die Hochschulen unterhalten, eine beträchtliche finanzielle Last darstellen, hat sich innerhalb des Bundesgebietes ein sachlich nicht begründetes Leistungsgefälle daraus ergeben, daß einzelne finanzschwache und mit Sozialausgaben überlastete Länder zu erheblichen Einschränkungen ihrer Hochschuletats gezwungen waren und infolgedessen außerstande sind, die ihnen auf diesem Gebiet gestellten Aufgaben angemessen zu erfüllen. Die Pflege des wissenschaftlichen Forschungs- und Bildungswesens gehört jedoch zu den öffentlichen Aufgaben, deren sachgemäße und gleichwertige Erfüllung im gesamten Bundesgebiet aus staatspolitischen Gründen geboten ist. Da die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulwesens nicht an der Finanzschwäche einzelner Länder scheitern darf, ist es notwendig, die Hochschullasten der Länder im Finanzausgleich angemessen zu berücksichtigen.

Die Ausgleichsregelung beschränkt sich auf die Universitäten, Technischen Hochschulen und solche Hochschuleinrichtungen, denen eine allgemeine, über den Bereich des einzelnen Landes hinausgehende Bedeutung zukommt; hochschulähnliche Einrich-

tungen mit im wesentlichen regional begrenztem Wirkungsbereich sind außer Betracht gelassen. Bei der Bemessung des zur Abgeltung der Hochschullasten ausgeworfenen Gesamtbetrages ist vom Zuschußbedarf für 1948 und dem sich daraus ergebenden Kopfbetrag je Studierenden (1 830 DM) ausgegangen worden. Dieser Kopfbetrag ist — da ein voller Ausgleich der Hochschullasten nicht in Betracht kommen kann — mit etwa 1 500 DM angesetzt und mit der Zahl der Studierenden im Winterhalbjahr 1949/50 (95 247) vervielfacht worden; daraus ergibt sich ein Gesamtbetrag von 150 Mill. DM. Seine schlüsselmäßige Verteilung auf die einzelnen Länder entspricht den Länderanteilen an der Gesamtzahl der Studierenden (vgl. die als Anlage 11 beigefügte Übersicht).

f) Hafenlasten der Hansestädte

25. Die Unterhaltung der Seehäfen von Bremen und Hamburg ist eine Aufgabe von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung, die namentlich im Zuge der Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft an Gewicht gewonnen hat; sie ist nach Art und Umfang nicht zu vergleichen mit den Aufgaben, die anderen Ländern aus der Unterhaltung ihrer Binnenhäfen erwachsen. Um die Leistungsfähigkeit der Seehäfen zu sichern, wenden Bremen und Hamburg beträchtliche Mittel auf, deren wirtschaftliche Nutzwirkung nicht allein den Hansestädten, sondern allen Ländern des Bundesgebietes zugute kommt. Es ist deshalb finanzwirtschaftlich gerechtfertigt, die Kosten der Seehäfen, soweit sie aus ordentlichen Haushaltsmitteln gedeckt werden, im Finanzausgleich angemessen zu berücksichtigen. Da für diese Lasten objektive Bedarfsmerkmale nicht zur Verfügung stehen, ist hier von den Rechnungsergebnissen des Vorjahres ausgegangen worden. Im Rechnungsjahr 1949 hat der Zuschußbedarf für den laufenden Hafenbetrieb in Bremen rd. 26 Mill. DM und in Hamburg rd. 44 Mill. DM betragen. Diese Kosten werden zur Hälfte in den Finanzausgleich für 1950 einbezogen; damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Unterhaltung der Seehäfen eine eigene Aufgabe der Hansestädte darstellt, deren Kostenaufwand zum Teil in der überdurchschnittlichen Steuerkraft dieser beiden Städte einen finanziellen Ausgleich findet.

## VI. Der Finanzausgleichsplan

Unbeschadet des Erfordernisses, den Vollzug des Finanzausgleichs der tatsächlichen finanzwirtschaftlichen Entwicklung des Rechnungsjahres 1950 anzupassen, muß der Finanzausgleichsplan von festen arithmetischen Größen ausgehen, damit die Ergebnisse, zu denen die Ausgleichsregelung führen soll, wenigstens größenordnungsmäßig erkennbar werden. Der folgenden Darstellung und den beigefügten Anlagen sind für die Steuereinnahmen der Länder, ihre Anteile an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes und die Verzinsung ihrer Ausgleichsforderungen veranschlagte, im übrigen statistisch ermittelte Beträge zugrunde gelegt.

26. Die nach Abzug der Ausgleichslasten verbleibenden Steuereinnahmen bilden die Meßzahl für die Finanzkraft eines Landes. Die Finanzkraftmeßzahl kennzeichnet mit einem absoluten, interregional vergleichbaren Betrag die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes zur Erfüllung seiner sonstigen, in den Ausgleichslasten nicht erfaßten Staatsaufgaben. Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild:

# Steuereinnahmen, Ausgleichslasten, Finanzkraftmeßzahlen

(Beträge in Mill. DM)

| Land | Steuer-einnahmen | Anteil an den Bundes-lasten | Kriegs-zerstörungs-lasten | Mittelbare Flüchtlings-lasten | Dauer-arbeitslosig-keit | Zinsen der Ausgleichs-forderungen | Hochschul-lasten | Hafenlasten | Ausgleichs-lasten insgesamt (Sp. 3 bis 9) | Finanz-kraftmeß-zahl (Sp. 2 — 10) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| Baden . . . . . . . . . | 205,8 | 51,5 | 3,0 | 5,5 | — | 8,3 | 5,8 | — | 74,2 | 131,6 |
| Bayern . . . . . . . . | 1 362,9 | 220,7 | 44,0 | 95,6 | 9,2 | 63,8 | 35,1 | — | 468,3 | 894,6 |
| Bremen . . . . . . . . | 159,2 | 15,8 | 18,4 | 2,3 | — | 6,9 | — | 13,0 | 56,4 | 102,8 |
| Hamburg . . . . . . . . | 473,8 | 41,4 | 52,3 | 7,3 | — | 28,4 | 7,1 | 22,0 | 158,4 | 315,4 |
| Hessen . . . . . . . . . | 746,0 | 98,4 | 28,1 | 35,4 | 0,7 | 30,8 | 16,8 | — | 210,2 | 535,8 |
| Lindau . . . . . . . . . | 11,6 | 1,5 | — | 0,3 | — | 0,4 | — | — | 2,2 | 9,4 |
| Niedersachsen . . . . . | 912,4 | 181,6 | 29,4 | 92,8 | 11,9 | 43,1 | 15,6 | — | 374,4 | 538,0 |
| Nordrhein-Westfalen . . . | 2 505,4 | 245,1 | 148,5 | 69,1 | — | 87,4 | 28,6 | — | 578,6 | 1 926,8 |
| Rheinland-Pfalz . . . . . | 375,6 | 80,8 | 27,3 | 6,6 | 0,1 | 15,6 | 9,0 | — | 139,5 | 236,1 |
| Schleswig-Holstein . . . | 277,3 | 80,6 | 7,2 | 43,8 | 18,2 | 12,3 | 4,9 | — | 167,0 | 110,3 |
| Württemberg-Baden . . . | 811,3 | 82,7 | 38,9 | 35,5 | — | 44,6 | 20,5 | — | 222,2 | 589,1 |
| Württemberg-Hohenzollern | 185,9 | 30,9 | 3,0 | 5,8 | — | 6,6 | 6,6 | — | 52,8 | 133,1 |
| Bundesgebiet . . . . . . | 8 027,3 | 1 131,0 | 400,0 | 400,0 | 40,0 | 348,3 | 150,0 | 35,0 | 2 504,3 | 5 523,0 |

Die Finanzkraftmeßzahl eines jeden Landes wird mit einer Meßzahl der bundesdurchschnittlichen Finanzkraft, der sog. Ausgleichsmeßzahl verglichen. Die Ausgleichsmeßzahl zeigt den Teil des Finanzbedarfs eines Landes an, der bei gleichmäßiger Erfüllung der (nach Abzug der Ausgleichslasten verbleibenden) Staatsaufgaben aus der Finanzkraft aller Länder gedeckt werden kann; die Ausgleichsmeßzahl kennzeichnet also nicht den angemessenen Finanzbedarf, sondern einen der geschwächten Finanzkraft aller Länder angepaßten mittleren Finanzbedarf.

27. Die Ausgleichsmeßzahl eines Landes wird in der Weise ermittelt, daß die Summe der Finanzkraftmeßzahlen aller Länder durch die Einwohnerzahl des Bundesgebietes geteilt und der so gewonnene Betrag (bundesdurchschnittliche Finanzkraftmeßzahl je Einwohner) mit einer veredelten Einwohnerzahl des Landes vervielfacht wird. Die Veredelung der Einwohnerzahlen ist erforderlich, weil der Finanzbedarf einer Gebietskörperschaft nicht allein von der zahlenmäßigen Größe ihrer Bevölkerung, sondern auch von ihrer Siedlungsstruktur, insbesondere ihrer Siedlungsform und Siedlungsdichte abhängt. Die stärkere Zusammenballung von Menschen auf verhältnismäßig engem Raum erfordert eine intensivere behördliche Organisation, erhöht das Niveau der Lebenshaltungskosten (der Löhne, Sachaufwendungen, Sozialleistungen usw.) und verursacht ganz allgemein höhere kollektive Bedürfnisse namentlich auf den Gebieten der Rechts- und Staatssicherheit, des Erziehungswesens, der Wohlfahrt, des Verkehrs, der Versorgungseinrichtungen u. dgl. Infolgedessen steigt der Finanzbedarf — besonders im gemeindlichen Bereich — nicht im arithmetischen Verhältnis, sondern progressiv zur Einwohnerzahl.

Da das Bedarfsmerkmal der Siedlungsdichte in der Bevölkerungsgliederung nach Gemeindegrößenklassen repräsentativ zum Ausdruck kommt, sind die Einwohnerzahlen der Länder je nach der Zugehörigkeit der Bevölkerung zu einer bestimmten Gemeindegrößenklasse verschieden hoch bewertet worden, und zwar nach einer ansteigenden Staffel, die der veranschlagten Progression des Finanzbedarfs entspricht (sog. Totenseelenprinzip). Die Klimax der für die einzelnen Gemeindegrößengruppen angesetzten Erhöhungswerte entspricht nicht ganz der im Kommunalfinanzausgleich der meisten Länder üblichen Staffelung, weil die entsprechende Bedarfskurve im Bereich der eigentlichen Staatsverwaltung etwas flacher ist, eine Reihe von Staatsausgaben (z. B. Landstraßen) in ländlichen Gebieten ansteigt, bestimmte Generalunkosten der Länder (z. B. Personalaufwendungen) mit zunehmender Bevölkerungszahl sogar abnehmen. Daß die Bedarfsrelationen sich durch den Flüchtlingszustrom zu Lasten der ländlichen Gebiete nicht unerheblich verschoben haben, kann hier außer Betracht bleiben, weil dieser Tatbestand hinreichend dadurch berücksichtigt worden ist, daß die mittelbaren Flüchtlingslasten gesondert in den Ausgleich einbezogen werden.

Die Veredelung der Einwohnerzahlen hat rechnerisch die Wirkung, daß die tatsächlichen Einwohnerzahlen und damit die Ausgleichsmeßzahlen der dichter besiedelten Länder künstlich erhöht werden; infolgedessen verringert sich die Differenz zwischen ihren Ausgleichsmeßzahlen und ihren Finanzkraftmeßzahlen. Die Finanzkraftüberschüsse der Industrieländer (Hanse-

städte, Nordrhein-Westfalen) erscheinen also in der Ausgleichsrechnung mit geringeren Beträgen, als wenn sie auf Grund der tatsächlichen Einwohnerzahlen errechnet worden wären. Die entgegengesetzte Wirkung ergibt sich für die übrigen Länder. Die Berechnungen im einzelnen sind aus der Anlage 12 ersichtlich.

28. Im Hinblick auf die unterschiedliche Größe und Bevolkerungsstruktur der einzelnen Länder können ihre Finanzkraftmeßzahlen nicht unmittelbar miteinander verglichen werden. Die absoluten Meßzahlen erhalten erst dann Erkenntniswert, wenn sie zu Zahlen in Beziehung gesetzt werden, die Ausdruck dieser Verschiedenheiten sind. Werden die Finanzkraftmeßzahlen der Länder an ihrer wirklichen und ihrer veredelten Einwohnerzahl gemessen, so wird die große Spanne der regionalen Finanzkraftunterschiede besonders deutlich (vgl. hierzu und zum folgenden die als Anlage 13 beigefügte Übersicht):

| Land | Mill. DM | DM je wirkl. Einwohner | DM je veredelten Einwohner | v. H. des Bundesdurchschnitts |
|---|---|---|---|---|
| | (Die Lander sind nach ihrer Finanzkraft geordnet) | | | |
| Hamburg | 315,4 | 204,49 | 166,07 | 142,2 |
| Bremen | 102,8 | 192,12 | 164,78 | 141,1 |
| Württemberg-Baden | 589,0 | 152,72 | 152,97 | 131,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 1 926,8 | 148,85 | 142,29 | 121,8 |
| Württemberg-Hohenzollern | 133,2 | 118,81 | 128,16 | 109,7 |
| Hessen | 535,8 | 124,90 | 127,96 | 109,6 |
| Baden | 131,6 | 102,72 | 109,81 | 94,0 |
| Bayern | 894,6 | 97,07 | 100,43 | 86,0 |
| Rheinland-Pfalz | 236,1 | 81,73 | 86,76 | 74,3 |
| Niedersachsen | 538,0 | 78,32 | 81,21 | 69,5 |
| Schleswig-Holstein | 100,3 | 40,96 | 41,66 | 35,7 |
| Bundesgebiet (einschl. Lindau) | 5 523,1 | 116,78 | 116,78 | 100,0 |

Werden die Finanzkraftmeßzahlen zu den wirklichen Einwohnerzahlen in Beziehung gesetzt, so ergeben sich Finanzkraftunterschiede von 204,49 DM je Einwohner für Hamburg, bis 40,96 DM je Einwohner für Schleswig-Holstein. Wird diese überhöhte Unterschiedsspanne durch Verwendung der veredelten Bevölkerungszahlen auf ihr richtiges Maß zurückgeführt (vgl. dazu Nr. 27), so reicht sie von 166,07 DM je veredelten Einwohner oder 142,2 v. H. des Bundesdurchschnitts bis 81,21 DM je veredelten Einwohner oder 69,5 v. H. des Bundesdurchschnitts, wenn der Sonderfall Schleswig-Holstein außer Betracht gelassen wird: die Finanzkraft Niedersachsens erreicht also nicht einmal die Hälfte der Finanzkraft Hamburgs. Schleswig-Holstein selbst steht mit 41,66 DM je veredelten Einwohner oder 35,7 v. H. des Bundesdurchschnitts noch weit unter dem nächstschwachen Lande; es erreicht gerade die Hälfte der Finanzkraft Niedersachsens (das Gesetz über die vorläufige Finanzhilfe für das Land Schleswig-Holstein ist hierbei nicht berücksichtigt).

29. Der Vergleich der Finanzkraftmeßzahlen und der Ausgleichsmeßzahlen ergibt für die einzelnen Länder folgendes Bild (Beträge in Mill. DM):

| Land | Finanzkraftmeßzahl | Ausgleichsmeßzahl | Überschuß | Fehlbetrag |
|---|---|---|---|---|
| Baden | 131,6 | 139,9 | | 8,3 |
| Bayern | 894,6 | 1 040,3 | | 145,7 |
| Bremen | 102,8 | 72,9 | 29,9 | |
| Hamburg | 315,4 | 221,8 | 93,6 | |
| Hessen | 535,8 | 489,0 | 46,8 | |
| Lindau | 9,4 | 6,0 | 3,4 | |
| Niedersachsen | 538,0 | 773,6 | | 235,6 |
| Nordrhein-Westfalen | 1 926,8 | 1 581,4 | 345,4 | |
| Rheinland-Pfalz | 236,1 | 317,8 | | 81,7 |
| Schleswig-Holstein | 110,3 | 309,3 | | 199,0 |
| Württemberg-Baden | 589,0 | 449,7 | 139,3 | |
| Württemberg-Hohenzollern | 133,1 | 121,3 | 11,8 | |
| Zusammen | 5 523,1 | 5 523,1 | 670,3 | 670,3 |

(Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen)

Dies Ergebnis sagt noch nichts darüber aus, in welchem Umfang die Finanzkraftunterschiede auszugleichen sind. Erst mit der Bemessung der Ausgleichsmasse wird die Entscheidung über die Intensität des Finanzausgleichs getroffen. Da hier die Interessengegensätze der einzelnen Länder unmittelbar aufeinandertreffen, kann die praktische Lösung dieses Problems nur durch einen Kompromiß gefunden werden, der die berechtigten Ansprüche der finanzschwächeren Länder in ein angemessenes und finanzwirtschaftlich vertretbares Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der übrigen Länder bringt. Da weder die Forderungen der ausgleichsberechtigten Länder noch die Interessen der ausgleichspflichtigen Länder voll befriedigt werden können, ist nur eine mittlere Lösung denkbar, die den vordringlichen Ausgleichsbedürfnissen im Rahmen des zur Zeit Möglichen Rechnung trägt und die finanziellen Opfer, die mit dieser Regelung allen Ländern angesonnen werden, annähernd gleichmäßig und gerecht zu verteilen sucht. Mit den Maßstäben arithmetischer oder finanzwirtschaftlicher Folgerichtigkeit allein kann diese finanzpolitische Entscheidung nicht getroffen werden.

Im Hinblick darauf, daß die finanzielle Leistungskraft aller Länder in diesem Rechnungsjahre eine beträchtliche Schwächung erfahren hat (vgl. Nr. 4), kann die Ausgleichsmasse nicht auf den vollen Betrag der hier ermittelten Finanzkraftunterschiede (670,3 Mill. DM) bemessen werden; ein so umfassender Ausgleich würde paktisch zu einer weitgehenden Nivellierung der Länderfinanzen führen, die weder staatspolitisch noch finanzwirtschaftlich vertretbar ist. Die der Ländergemeinschaft für den horizontalen Ausgleich zur Verfügung stehende Manövriermasse bewegt sich nach einer im wesentlichen übereinstimmenden Schätzung der Länder in einer Größenordnung von 250 Mill. DM

bis höchstens 300 Mill. DM. Die Ausgleichsregelung sieht deshalb eine Ermäßigung und außerdem eine Staffelung der Ausgleichsquoten vor; hierbei war die Erwägung maßgebend, daß für ein finanzschwaches Land die Auffüllung eines Fehlbetrages zwischen 70 und 90 v. H. des Bundesdurchschnitts dringlicher ist als die Auffüllung eines Fehlbetrages zwischen 90 und 100 v. H. und für ein ausgleichspflichtiges Land die Abschöpfung eines Überschusses zwischen 110 und 130 v. H. leichter tragbar ist als die Abschöpfung eines Überschusses zwischen 100 und 110 v. H.

Die Ausgleichsquoten sind aus diesen Gründen allgemein auf die Hälfte des Überschusses oder Fehlbetrages ermäßigt worden. Darüber hinaus sind sie innerhalb der Spanne von 110 bis 90 v. H. auf ein Viertel des Überschusses oder Fehlbetrages gesenkt worden. Theoretisch ergeben sich hiernach folgende Erhöhungen oder Senkungen der Finanzkraft:

von 70 v. H. auf 82,5 v. H.
von 80 v. H. auf 87,5 v. H.
von 90 v. H. auf 92,5 v. H.
von 110 v. H. auf 107,5 v. H.
von 120 v. H. auf 112,5 v. H.
von 130 v. H. auf 117,5 v. H.
usf.

Diese Berechnung führt für die einzelnen Länder zu den folgenden Zuweisungsanteilen und Aufbringungsanteilen:

| Ausgleichsberechtigte Länder | |
|---|---|
| Baden | 2,1 Mill. DM |
| Bayern | 46,8 Mill. DM |
| Niedersachsen | 98,5 Mill. DM |
| Rheinland-Pfalz | 32,9 Mill. DM |
| Schleswig-Holstein | 91,8 Mill. DM |
| zusammen | 272,1 Mill. DM |

| Ausgleichspflichtige Länder | |
|---|---|
| Bremen | 13,2 Mill. DM |
| Hamburg | 41,3 Mill. DM |
| Hessen | 11,7 Mill. DM |
| Lindau | 1,5 Mill. DM |
| Nordrhein-Westfalen | 133,2 Mill. DM |
| Württemberg-Baden | 58,4 Mill. DM |
| Württemberg-Hohenzollern | 2,9 Mill DM |
| zusammen | 262,2 Mill. DM |

Die Differenz zwischen der Summe der Zuweisungsanteile und der Summe der Aufbringungsanteile ist eine Folge der unterschiedlichen Finanzkraftstreuung; die Differenz wird rechnerisch dadurch beseitigt, daß beide Summen auf ihr arithmetisches Mittel abgeglichen werden. Erst hieraus ergeben sich die Zuschüsse und Beiträge der einzelnen Länder (vgl. hierzu im einzelnen Anlage 14).

30. Das hier dargestellte Finanzausgleichsergebnis wird der besonderen Notstandssituation des Landes Schleswig-Holstein nicht gerecht. Eine methodische Regelung, welche die Leistungsfähigkeit und den Bedarf aller Ausgleichsbeteiligten nach einheitlichen Normen zu bewerten sucht, kann naturgemäß auf die

außergewöhnliche Finanznotlage eines einzelnen Landes nicht in ausreichendem Maße Rücksicht nehmen. Daß die allgemeine Leistungsschwäche Schleswig-Holsteins keinen Vergleich mit den Finanzverhältnissen der anderen leistungsschwachen Länder zuläßt, ist durch das Gesetz über eine vorläufige Finanzhilfe für das Land Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1950 anerkannt worden; im einzelnen wird auf die amtliche Begründung dieses Gesetzes Bezug genommen. Die hier vorgesehene allgemeine Ausgleichsregelung würde die Finanzkraft Schleswig-Holsteins, die gegenwärtig 35,7 v. H. des Bundesdurchschnitts beträgt, nur auf etwa 64 v. H. heben, während die Finanzkraft des nächstschwachen Landes Niedersachsen auf über 80 v. H. gesteigert würde. Um diesen Abstand zu ermäßigen, sieht das Gesetz für Schleswig-Holstein eine Sonderzuweisung vor, die ein Viertel des Unterschiedes beträgt, um den seine Finanzkraft (41,66 DM je veredelten Einwohner) hinter der Finanzkraft des nächstschwachen Landes Niedersachsen (81,21 DM je veredelten Einwohner) zurückbleibt; nach den vorläufigen Berechnungen ergibt sich hieraus ein Sonderzuweisungsanteil von 26,2 Mill. DM. Die Ausgleichsquoten des Landes Schleswig-Holstein betragen mithin bis zur Finanzkraft Niedersachsens drei Viertel, bis 90 v. H. des Bundesdurchschnitts die Hälfte und darüber hinaus ein Viertel des Fehlbetrages.

31. Es erweist sich ferner als erforderlich, zugunsten des Landes Baden die Notstandslage der Stadt Kehl gesondert zu berücksichtigen. Die Stadt hat unter den Einwirkungen des Krieges und der Besetzung in einem solchen Ausmaße gelitten, daß die finanziellen Lasten, die dem Lande Baden aus der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in dieser Stadt erwachsen, durch Zuweisung eines Rechnungsanteils an den Kriegszerstörungslasten nicht angemessen abgegolten werden können. Das Land Baden ist an dem Gesamtbetrag, der zur Abgeltung der Kriegszerstörungslasten ausgeworfen ist (vgl. Nr. 19), nicht beteiligt; es erhält stattdessen einen Sonderzuweisungsanteil von 2 Mill. DM. Dieser Betrag entspricht etwa 50 v. H. der Jahressumme, die das Land aus dem Aufkommen des badischen Notopfers Berlin und Kehl für die kommunalen Finanzbedürfnisse der Stadt Kehl verwendet hat; die Einnahme steht dem Lande nicht mehr zur Verfügung, seitdem das Notopfer für Rechnung des Bundes erhoben und das Aufkommen ausschließlich der Stadt Berlin zugeführt wird.

32. Die Summe der Zuweisungsanteile (vgl. Nr. 29) erhöht sich hiernach um (26,2 + 2,0 =) 28,2 Mill. DM auf 300,3 Mill. DM; dieser Summe stehen Aufbringungsanteile im Gesamtbetrage von 262,2 Mill. DM gegenüber. Aus dem arithmetischen Mittel ergibt sich die Höhe der Ausgleichsmasse; sie beträgt 281,2 Mill. DM und verteilt sich wie folgt (vgl. Anlage 14):

Zuschüsse der ausgleichsberechtigten Länder:

| | |
|---|---|
| Baden | 3,8 Mill. DM |
| Bayern | 43,9 Mill. DM |
| Niedersachsen | 92,2 Mill. DM |
| Rheinland-Pfalz | 30,8 Mill. DM |
| Schleswig-Holstein | 110,5 Mill. DM |
| Zuschüsse insgesamt | 281,2 Mill. DM |

Beiträge der ausgleichspflichtigen Länder:

| | |
|---|---|
| Bremen | 14,1 Mill. DM |
| Hamburg | 44,2 Mill. DM |
| Hessen | 12,5 Mill. DM |
| Lindau | 1,7 Mill. DM |
| Nordrhein-Westfalen | 142,8 Mill. DM |
| Württemberg-Baden | 62,7 Mill. DM |
| Württemberg-Hohenzollern | 3,2 Mill. DM |
| Beiträge insgesamt | 281,2 Mill. DM |

33. Werden die finanziellen Auswirkungen dieses Finanzausgleichsplans auf die Finanzkraftmeßzahlen der Länder projiziert, so ergibt eine Gegenüberstellung des derzeitigen Zustandes (a) und des Ergebnisses nach Vollzug des Finanzausgleichs (b) folgendes Bild:

| Land | Mill. DM a | Mill. DM b | Gewinn (+) Verlust (—) in v. H. | DM je veredelten Einw. a | DM je veredelten Einw. b | v. H. des Bundesdurchschnitts a | v. H. des Bundesdurchschnitts b |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | (Die Länder sind nach ihrer Finanzkraft geordnet) | | | | | | |
| Hamburg | 315,4 | 271,1 | — 14,0 | 166,07 | 142,77 | 142,2 | 122,3 |
| Bremen | 102,8 | 88,7 | — 13,7 | 164,78 | 142,17 | 141,1 | 121,7 |
| Württemberg-Baden | 589,0 | 526,4 | — 10,6 | 152,97 | 136,69 | 131,0 | 117,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 1 926,8 | 1 784,0 | — 7,4 | 142,29 | 131,74 | 121,8 | 112,8 |
| Württemberg-Hohenzollern | 133,2 | 130,0 | — 2,4 | 128,16 | 125,11 | 109,7 | 107,1 |
| Hessen | 535,8 | 523,3 | — 2,3 | 127,96 | 124,96 | 109,6 | 107,0 |
| Baden | 131,6 | 135,4 | + 2,9 | 109,81 | 113,01 | 94,0 | 96,8 |
| Bayern | 894,6 | 938,5 | + 4,9 | 100,43 | 105,36 | 86,0 | 90,2 |
| Rheinland-Pfalz | 236,1 | 266,9 | + 13,0 | 86,76 | 98,09 | 74,3 | 84,0 |
| Niedersachsen | 538,0 | 630,3 | + 17,2 | 81,21 | 95,13 | 69,5 | 81,5 |
| Schleswig-Holstein | 110,3 | 220,8 | + 100,2 | 41,66 | 83,37 | 35,7 | 71,4 |
| Bundesgebiet (einschl. Lindau) | 5 523,1 | 5 523,1 | | 116,78 | 116,78 | 100,0 | 100,0 |

Die Übersicht läßt erkennen, daß zwar die natürlichen, in erster Linie strukturbedingten Finanzkraftunterschiede der Länder nicht beseitigt sind, das starke Gefälle der Finanzkraftrelationen aber erheblich abgeflacht worden ist. Obwohl die Finanzkraft Schleswig-Holsteins verdoppelt und damit entscheidend verbessert wird, liegt sie noch immer um 11,76 DM oder etwa 10 v.H. unter der Finanzkraft des nächstschwachen Landes Niedersachsen. Von Schleswig-Holstein abgesehen erscheint die interregionale Verteilung der positiven und negativen Beteiligungsquoten im großen und ganzen ausgewogen; aber es ist nicht zu verkennen, daß die Ausgleichsregelung zu einer erheblichen finanziellen Schwächung der bisher noch leistungsfähigen Länder führt und damit die Grenze dessen erreicht, was diesen Ländern an Einbußen im laufenden Rechnungsjahr noch zugemutet werden kann.

## B. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs im einzelnen

**Zu § 1:**

Die finanzverfassungsrechtliche Grundlage des Finanzausgleichs unter den Ländern bildet Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes; der Wortlaut der Absätze 1 und 2 ist inhaltlich dieser Bestimmung angepaßt. Im übrigen beschränkt sich die Vorschrift darauf, die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen die Länder ausgleichspflichtig oder ausgleichsberechtigt sind, und die Grundsätze festzulegen, nach denen die Höhe der Ausgleichsmasse und die Höhe der Beiträge der ausgleichspflichtigen Länder und der Zuschüsse der ausgleichsberechtigten Länder zu errechnen sind.

Außer der Totalisatorsteuer und der Feuerschutzsteuer (vgl. A Nr. 13) wird auch der niedersächsische Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer außer Ansatz gelassen, weil dieser Zuschlag in den anderen Ländern nicht erhoben wird.

**Zu § 2:**

Vgl. A Nr. 26 und Anlage 13.

Der hier eingeführte Begriff der Finanzkraftmeßzahl dient der Vereinfachung des Gesetzestextes. Die Finanzkraftmeßzahl kennzeichnet die Steuerkraft eines Landes, die ihm verbleibt, nachdem es die Lasten, die Gegenstand des Ausgleichs sein sollen, aus seinen Steuereinnahmen gedeckt hat.

**Zu § 3:**

Vgl. A Nr. 13 und Anlage 2.

Da sich die Enwicklung der Steuereinnahmen der Länder, insbesondere des Aufkommens der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in diesem Rechnungsjahr nicht hinreichend zuverlässig im voraus übersehen läßt, werden die von den Ländern im Laufe des Rechnungsjahres 1950 tatsächlich erzielten Einnahmen der Ausgleichsrechnung zugrundegelegt.

Bis zum Inkraftreten des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 29. April 1950 (BGBl. S. 95) war die Bestimmung der Zahlungstermine in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Soweit hierdurch die interregionale Vergleichbarkeit der Steuereinnahmen beeinträchtigt worden ist, sind die Aufkommenszahlen entsprechend zu berichtigen. Da diese Berichtigungen die Höhe der Ausgleichsansprüche und Ausgleichverbindlichkeiten beeinflussen, sollen sie durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Rechtsverordnung des Bundesministers der Finanzen formell festgelegt werden.

**Zu § 4:**

Vgl. A Nr. 14 und Anlagen 3 und 4.

Die Anspannung der Realsteuern ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden; sie liegt — von den Hansestädten abgesehen — bei der Grundsteuer A zwischen 115,9 und 176,1 v.H., bei der Grundsteuer B zwischen 148,5 und 231,4 v.H. und bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital zwischen 244,5 und 289,4 v.H. Da der Bemessung der Realsteuerkraft für alle Länder einheitliche Hebesätze zugrundegelegt werden müssen, erklärt die Bestimmung die bundesdurchschnittlichen Hebesätze für maßgebend; hierbei werden die Hebesätze für die Grundsteuer B entsprechend den tatsächlichen Anspannungsverhältnissen nach Gemeindegrößen gestaffelt.

Die interregionale Vergleichbarkeit der Bemessungsgrundlagen für die Realsteuerkraft kann dadurch beinträchtigt sein, daß die Ein-

heitsbewertung des Grundbesitzes in den einzelnen Ländern unterschiedlich gehandhabt worden ist und infolgedessen zu verschiedenen Ergebnissen geführt hat. Insbesondere das Land Württemberg-Baden hat auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die überdurchschnittliche Bewertung des Grundbesitzes im früheren Württemberg seine Realsteuerkraft im Verhältnis zu den übrigen Ländern höher erscheinen lasse als es der tatsächlichen Steuerkraftrelation entspreche. Sollten sich Bewertungsunterschiede zuverlässig feststellen lassen, die für die Bemessung der Ausgleichsansprüche und Ausgleichsverbindlichkeiten ins Gewicht fallen, so wird auch hier — entsprechend der Regelung des § 3 Abs. 2 — eine Berichtigung der Bemessungsgrundlagen im Verordnungswege herbeigeführt werden müssen.

**Zu § 5:**

Die Bestimmung enthält eine erschöpfende Aufzählung der Lasten, die Gegenstand des Ausgleichs sein sollen.

**Zu § 6:**

Vgl. A Nr. 16 und Anlage 5.

**Zu §§ 7 und 8:**

Vgl. A Nrn. 17 bis 20 und Anlagen 6 und 7.

**Zu § 7:**

Wenn die Bemessungsgrundlagen für die Grundsteuerkraft einzelner Länder gemäß § 4 Abs. 3 berichtigt werden müssen, sind auch die Grundlagen für die Ermittlung des Kriegszerstörungsgrades (vgl. Anlage 6) entsprechend zu berichtigen. Für diesen Fall ist vorgesehen, daß die auf die einzelnen Länder entfallenden Rechnungsanteile an den Kriegszerstörungslasten im Verordnungswege den berichtigten Grundbeträgen der Grundsteuer angepaßt werden.

**Zu § 9:**

Vgl. A Nrn. 21 und 22 und Anlagen 8 und 9.

**Zu § 10:**

Vgl. A Nr. 23 und Anlage 10.

§ 10 Absatz 5 der 2. Durchführungsverordnung, § 10 der 23. Durchführungsverordnung und § 8 der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz sehen unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit vor, die Zinslasten für Ausgleichsforderungen unter den Ländern gesondert auszugleichen. Soweit dies geschehen ist, muß sichergestellt werden, daß die Ausgaben für die Verzinsung der Ausgleichforderungen den Ländern zugerechnet werden, deren Haushalte mit den Ausgaben endgültig belastet worden sind.

**Zu § 11:**

Vgl. A Nr. 24 und Anlage 11.

**Zu § 12:**

Vgl. A Nr. 25.

**Zu §§ 13 und 14:**

Vgl. A Nr. 29 und Anlage 14.

**Zu § 15:**

Vgl. A Nrn. 27, 29 und Anlage 13.

Der hier eingeführte Begriff der Ausgleichsmeßzahl dient der Vereinfachung des Gesetzestextes. Die Ausgleichsmeßzahl kennzeichnet die bundesdurchschnittliche Finanzkraft; sie bildet den Maßstab für den Grad der finanziellen Leistungskraft oder Leistungsschwäche eines Landes.

**Zu § 16:**

Vgl. A Nr. 27 und Anlage 12.

Die für die Ausgleichsrechnung zu verwendenden Einwohnerzahlen müssen auf den Stichtag vom 30. Juni 1949 abgestellt werden, weil nur zu diesem Zeitpunkt Feststellungen über die Gliederung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen vorliegen. Entscheidend ist, daß sich die Relationen der Einwohnerzahlen seit dem 30. Juni 1949 nicht nennenswert geändert haben.

**Zu § 17:**

Vgl. A Nr. 30 und Anlage 14.

**Zu § 18:**

Vgl. A Nr. 31 und Anlage 14.

**Zu § 19:**

Da der bayerische Kreis Lindau in seiner Haushaltswirtschaft selbständig ist, muß er als mit den übrigen Ländern gleichberechtigter Partner in die Finanzausgleichsregelung einbezogen werden.

**Zu § 20:**

Die Steuereinnahmen der Länder, ihre Anteile an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes und die Verzinsung ihrer Ausgleichsforderungen stellen die beweglichen, vom tatsächlichen Rechnungsergebnis abhängigen Elemente der Finanzausgleichsregelung dar. Infolgedessen stehen die Verbindlichkeiten der ausgleichspflichtigen Länder und die Ansprüche der ausgleichsberechtigten Länder der Höhe nach erst nach Ermittlung der Rechnungsergebnisse endgültig fest. Da die Finanzausgleichsleistungen während des Rechnungsjahres laufend vollzogen werden müssen, werden die ausgleichspflichtigen Länder gesetzlich zu Vorauszahlungen verpflichtet.

**Zu § 21:**

Das Gesetz ist nur vollziehbar, wenn der Bundesminister der Finanzen von allen Finanzvorgängen der Länder, welche die Höhe der Ausgleichsansprüche und Ausgleichsverbindlichkeiten bestimmen (Steuereinnahmen, Anteile an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes, Verzinsung der Ausgleichsforderungen u. dgl.), laufend Kenntnis erhält. Die Länder werden deshalb gesetzlich verpflichtet, dem Bundesminister der Finanzen die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Die Einzelheiten der Vorauszahlungen gemäß § 20 (Termine, vorläufige Bemessungsgrundlagen usw.) müssen den praktischen Bedürfnissen angepaßt und daher einer besonderen Verordnung vorbehalten werden. Dasselbe gilt für die Regelung und technische Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

**Zu § 22:**

Die Bestimmung entspricht inhaltlich § 4 Absatz 2 und § 6 des Gesetzes über eine vorläufige Finanzhilfe für das Land Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1950 vom . . . . . . (BGBl. S. . . .). Sie stellt auch die Verechnungsfähigkeit der Zahlungen fest, die auf Grund eines von den Ländern getroffenen Hilfsabkommens an Schleswig-Holstein geleistet worden sind.

**Zu § 23:**

Das Gesetz regelt die Finanzsausgleichsbeziehungen unter den Ländern für das ganze Rechnungsjahr 1950; es muß deshalb rückwirkend ab 1. April 1950 in Kraft treten.

# Anlagen

**zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950**

# Finanzielle Auswirkung des Übergangs von Lasten und Deckungsmitteln der Länder auf den Bundeshaushalt

Anlage 1
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

(Beträge in Mill. DM)

| | | Baden | Bayern | Bremen | Hamburg | Hessen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein | Württemberg-Baden | Württemb.-Hohenzoll. einschließl. Lindau | Bundesgebiet |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Kriegsfolge- und Soziallasten 1949 (Artikel 120 GG) | 287.0 | 1 564.5 | 126.1 | 293.1 | 757.3 | 1 192.0 | 1 748.7 | 497.4 | 513.3 | 639.3 | 191.0 | 7 809.7 |
| 2 | Sonstige von den Landern auf den Bund übergegangene Lasten 1949 (Bundesstraßen, Finanzverwaltung usw.) | 22.6 | 101.8 | 22.6 | 50.1 | 17.5 | 49.0 | 106.9 | 21.9 | 18.7 | 55.5 | 12,7 | 479.3 |
| 3 | Von den Ländern auf den Bund übergegangene Lasten 1949 ingesamt | 309.6 | 1 666.3 | 148.7 | 343.2 | 774.8 | 1 241.0 | 1 855.6 | 519.3 | 532.0 | 694.8 | 203.7 | 8 289.0 |
| 4 | Von den Ländern auf den Bund übergegangene Steuern 1949 | 240.5 | 1 129.0 | 393.1 | 694.1 | 470.5 | 906.1 | 2 099.2 | 397.2 | 300.2 | 631.6 | 157.4 | 7 418.8 |
| 5 | Verbesserung (+) oder Verschlechterung (—) | + 69.1 | + 537.3 | — 244.4 | — 350.9 | + 304.3 | + 335.0 | — 243.6 | + 122.1 | + 231.8 | + 63.2 | + 46.3 | + 870.2 |
| 6 | Wegfall der Beiträge (+) und Zuweisungen (—) des Länderfinanzausgleichs 1949 | — | — 95.0 | + 100.0 | + 206.0 | — 15.0 | — 180.0 | + 117.5 | — 42.5 | — 220.0 | + 129.0 | — | ± 552.5 |
| 7 | Verbleibende Verbesserung (+) oder Verschlechterung (—) | + 69.1 | + 442.3 | — 144.4 | — 144.9 | + 289.3 | + 155.0 | — 126.1 | + 79.6 | + 11.8 | + 192.2 | + 46.3 | + 870.2 |
| 8 | Pauschalabgeltung für die Verwaltung der Biersteuer durch den Bund und für die Verwaltung der Umsatz- und der Beforderungsteuer durch die Länder — Nettobeträge 1950 — | + 2.2 | + 12.3 | + 1.3 | + 4.4 | + 7.7 | + 11.3 | + 33.1 | + 4.5 | + 3.9 | + 8.1 | + 2.2 | + 91.0 |
| 9 | Anteil der Lander an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes 1950 | — 51.5 | — 220.7 | — 15.8 | — 41.4 | — 98.4 | — 181.6 | — 245.1 | — 80.8 | — 80.6 | — 82.7 | — 32.4 | — 1131.0 |
| 10 | Verbleibende Verbesserung (+) oder Verschlechterung (—) | + 19.8 | + 233.9 | — 158.9 | — 181.9 | + 198.6 | — 15.3 | — 338.1 | + 3.3 | — 64.9 | + 117,6 | + 16.1 | — 169.8 |

Nr. 1 bis 7: Istbeträge
Nr. 8 bis 10: Veranschlagte Beträge

Finanzausgleichsplan 1950

Anlage 2
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

# Steuereinnahmen der Länder

(Veranschlagte Beträge in 1000 DM)

| Steuerart | Berechnungsgrundlage | Baden | Bayern | Bremen | Hamburg | Hessen | Lindau | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein | Württemberg-Baden | Württemberg-Hohenzollern | Bundesgebiet |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Lohnsteuer | Okt. 1949/März 1950 | 26 760 | 153 191 | 21 443 | 78 662 | 108 525 | 966 | 106 654 | 383 219 | 48 464 | 34 989 | 109 828 | 19 962 | 1 092 663 |
| | × 2 | 53 520 | 306 382 | 42 886 | 157 324 | 217 050 | 1 932 | 213 308 | 766 438 | 96 928 | 69 978 | 219 656 | 39 924 | 2 185 326 |
| | — 1/6 1) | — 8 920 | — 51 064 | — 7 148 | — 26 221 | — 36 175 | — 322 | — 35 551 | — 127 740 | — 16 155 | — 11 663 | — 36 609 | — 6 654 | — 364 222 |
| | ergibt | 44 600 | 255 318 | 35 738 | 131 103 | 180 875 | 1 610 | 177 757 | 638 698 | 80 773 | 58 315 | 183 047 | 33 270 | 1 821 104 |
| Veranlagte Einkommensteuer | Okt. 1949/März 1950 | 26 061 | 184 668 | 24 200 | 66 427 | 99 754 | 1 301 | 137 716 | 341 654 | 57 232 | 48 861 | 119 347 | 32 359 | 1 139 580 |
| | Abzug 2) | | | — 3 000 | — 8 000 | | | | | | | — 15 000 | | — 26 000 |
| | Ergibt | 26 061 | 184 668 | 21 200 | 58 427 | 99 754 | 1 301 | 137 716 | 341 654 | 57 232 | 48 861 | 104 347 | 32 359 | 1 113 580 |
| | × 2 | 52 122 | 369 336 | 42 400 | 116 854 | 199 508 | 2 602 | 275 432 | 683 308 | 114 464 | 97 722 | 208 694 | 64 718 | 2 227 160 |
| | — 1/10 1) | — 5 212 | — 36 934 | — 4 240 | — 11 685 | — 19 951 | — 260 | — 27 543 | — 68 331 | — 11 446 | — 9 772 | — 20 869 | — 6 472 | — 222 715 |
| | ergibt | 46 910 | 332 402 | 38 160 | 105 169 | 179 557 | 2 342 | 247 889 | 614 977 | 103 018 | 87 950 | 187 825 | 58 246 | 2 004 445 |
| Körperschaftsteuer | Okt. 1949/März 1950 | 15 235 | 107 134 | 21 857 | 57 092 | 68 158 | 1 806 | 77 808 | 221 214 | 20 909 | 9 407 | 92 656 | 9 173 | 702 449 |
| | Abzug 2) | | | — 4 000 | — 8 000 | | | | | | | — 13 000 | | 25 000 |
| | ergibt | 15 235 | 107 134 | 17 857 | 49 092 | 68 158 | 1 806 | 77 808 | 221 214 | 20 909 | 9 407 | 79 656 | 9 173 | 677 449 |
| | × 2 | 30 470 | 214 268 | 35 714 | 98 184 | 136 316 | 3 612 | 155 616 | 442 428 | 41 818 | 18 814 | 159 312 | 18 346 | 1 354 898 |
| | — 1/20 1) | — 1 524 | — 10 713 | — 1 786 | — 4 909 | — 6 816 | — 181 | — 7 781 | — 22 121 | — 2 091 | — 941 | — 7 966 | — 917 | — 67 746 |
| | ergibt | 28 946 | 203 555 | 33 928 | 93 275 | 129 500 | 3 431 | 147 835 | 420 307 | 39 727 | 17 873 | 151 346 | 17 429 | 1 287 152 |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer insgesamt | | 120 456 | 791 275 | 107 826 | 329 547 | 489 932 | 7 383 | 573 481 | 1 673 982 | 223 518 | 164 138 | 522 218 | 108 945 | 5 112 701 |
| Vermögensteuer | 1949 | 3 123 | 18 776 | 1 832 | 6 645 | 7 339 | 282 | 12 557 | 39 352 | 5 697 | 4 147 | 12 082 | 3 380 | 115 212 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 1949 | 7 433 | 50 828 | 4 765 | 13 538 | 26 462 | 338 | 4) 34 101 | 79 112 | 16 695 | 12 267 | 26 460 | 7 116 | 279 115 |
| Sonstige Besitz- und Verbrauchsteuern 3) | Okt. 1949/März 1950 × 2 | 4 546 | 46 638 | 5 380 | 28 798 | 17 518 | 32 | 29 494 | 71 826 | 14 726 | 8 506 | 30 056 | 3 798 | 261 318 |
| Biersteuer | 1949 | 8 728 | 135 823 | 4 750 | 8 497 | 16 347 | 1 030 | 14 197 | 59 050 | 15 542 | 2 835 | 27 473 | 8 113 | 302 385 |
| | Zusammen | 144 286 | 1 043 340 | 124 553 | 387 025 | 557 598 | 9 065 | 663 830 | 1 923 322 | 276 178 | 191 893 | 618 289 | 131 352 | 6 070 731 |
| | DM je Einwohner | 112,64 | 113,21 | 232,71 | 250,95 | 129,98 | 165,37 | 96,64 | 148,58 | 95,60 | 71,23 | 160,30 | 117,19 | 128,36 |

1) Rückgang infolge D-Mark-Bilanzumstellung und Steuersenkung (sehr globale Schätzung der Länder; die unterschiedlichen Auswirkungen der Steuersenkung auf die einzelnen Länder sind nicht berücksichtigt)
2) Abzug einmaliger Mehreinnahmen infolge Änderung der Zahlungsweise
3) Ohne Totalisatorsteuer und Feuerschutzsteuer
4) Ohne Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer

# Grundbeträge, Aufkommen und durchschnittliche Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer im Rechnungsjahr 1949

| Gemeindegrößenklassen | Grundsteuer A (Land- und forstwirtschaftliche Betriebe) | | | Grundsteuer B (Grundstücke) | | | Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital | | | Lohnsummensteuer | Berechnung der Grundbeträge in DM je Einwohner | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Grundbeträge | Aufkommen | Hebesatz v. H. | Grundbeträge | Aufkommen | Hebesatz v. H. | Grundbeträge | Aufkommen | Hebesatz v. H. | Aufkommen | Grundsteuer A | Grundsteuer B | Gewerbesteuer |
| | 1 000 DM | 1 000 DM | | 1 000 DM | 1 000 DM | | 1 000 DM | 1 000 DM | | 1000 DM | DM je Einwohner | DM je Einwohner | DM je Einwohner |
| Gem. über 500 000 | 1 318 | 1 217 | 92,3 | 40 754 | 98 157 | 240,9 | 34 450 | 92 712 | 269,1 | 20 830 | 0,38 | 11,66 | 9,86 |
| 200 000 - 500 000 | 2 419 | 3 433 | 141,9 | 68 753 | 164 250 | 238,9 | 64 371 | 166 518 | 258,7 | 64 233 | 0,43 | 12,24 | 11,46 |
| 100 000 - 200 000 | 2 136 | 3 106 | 145,4 | 37 524 | 92 863 | 247,5 | 35 190 | 96 457 | 274,1 | 24 479 | 0,64 | 11,21 | 10,51 |
| 50 000 - 100 000 | 1 926 | 3 478 | 180,6 | 26 943 | 62 071 | 230,4 | 27 306 | 76 535 | 280,3 | 16 078 | 0,77 | 10,79 | 10,94 |
| 20 000 - 50 000 | 4 244 | 6 282 | 148,0 | 45 531 | 99 182 | 217,8 | 51 968 | 138 802 | 267,1 | 21 784 | 1,04 | 11,18 | 12,76 |
| 10 000 - 20 000 | 7 158 | 10 715 | 149,7 | 34 586 | 62 137 | 179,7 | 35 461 | 94 213 | 265,7 | 9 421 | 2,03 | 9,79 | 10,04 |
| 5 000 - 10 000 | 13 160 | 19 558 | 148,6 | 36 131 | 63 404 | 175,5 | 32 735 | 87 954 | 268,7 | 5 092 | 3,11 | 8,54 | 7,74 |
| 3 000 - 5 000 | 16 684 | 24 984 | 149,7 | 22 343 | 37 149 | 166,3 | 20 584 | 54 202 | 263,3 | 2 432 | 4,77 | 6,39 | 5,89 |
| 2 000 - 3 000 | 17 754 | 26 339 | 148,4 | 15 841 | 25 110 | 158,5 | 13 088 | 32 985 | 252,0 | 841 | 5,89 | 5,25 | 4,34 |
| 1 000 - 2 000 | 47 851 | 71 218 | 148,8 | 21 045 | 31 823 | 151,2 | 16 829 | 38 887 | 231,1 | 813 | 7,79 | 3,43 | 2,74 |
| bis 1 000 | 82 332 | 124 191 | 150,8 | 14 686 | 22 088 | 150,4 | 10 213 | 23 320 | 228,3 | 335 | 10,49 | 1,87 | 1,30 |
| Zusammen: | 196 982 | 294 521 | 149,5 | 364 137 | 758 234 | 208,2 | 342 195 | 902 585 | 263,8 | 166 338 | 4,17 | 7,70 | 7,24 |
| Davon: | | | | | | | | | | | | | |
| Baden | 9 183 | 14 173 | 154,3 | 12 590 | 21 108 | 167,7 | 9 101 | 24 859 | 273,1 | — | 7,17 | 9,83 | 7,10 |
| Bayern | 44 419 | 61 401 | 138,2 | 54 826 | 109 985 | 200,6 | 53 924 | 136 310 | 252,8 | 200 | 4,82 | 5,95 | 5,85 |
| Bremen | 461 | 553 | 120,0 | 6 302 | 12 605 | 200,0 | 7 124 | 17 098 | 240,0 | 7 576 | 0,86 | 11,77 | 13,31 |
| Hamburg | 711 | 481 | 67,7 | 17 763 | 38 139 | 214,7 | 16 260 | 40 649 | 250,0 | 10 829 | 0,46 | 11,52 | 10,54 |
| Hessen | 17 523 | 25 361 | 144,7 | 32 180 | 66 633 | 207,1 | 36 532 | 89 338 | 244,5 | 6 942 | 4,08 | 7,50 | 8,52 |
| Lindau | 322 | 465 | 144,4 | 658 | 1 007 | 153,0 | 352 | 905 | 257,1 | — | 5,87 | 12,00 | 6,42 |
| Niedersachsen | 37 522 | 63 216 | 168,5 | 40 173 | 90 750 | 225,9 | 42 432 | 122 813 | 289,4 | 8 392 | 5,46 | 5,85 | 6,18 |
| Nordrhein-Westfalen | 30 662 | 35 526 | 115,9 | 113 092 | 261 655 | 231,4 | 110 107 | 283 193 | 257,2 | 121 479 | 2,37 | 8,74 | 8,51 |
| Rheinland-Pfalz | 17 191 | 30 279 | 176,1 | 20 399 | 42 804 | 209,8 | 13 327 | 37 053 | 278,0 | 5 002 | 5,95 | 7,06 | 4,61 |
| Schleswig-Holstein | 13 932 | 24 415 | 175,2 | 15 725 | 35 191 | 223,8 | 12 413 | 34 003 | 273,9 | 5 918 | 5,17 | 5,84 | 4,61 |
| Württemberg-Baden | 15 485 | 23 069 | 149,0 | 38 996 | 61 379 | 157,4 | 33 136 | 95 222 | 287,4 | — | 4,01 | 10,11 | 8,59 |
| Württemberg-Hohenzollern | 9 571 | 15 582 | 162,8 | 11 433 | 16 978 | 148,5 | 7 487 | 21 142 | 282,4 | — | 8,54 | 10,20 | 6,68 |

**Anlage 4**
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

# Grundsteuer- und Gewerbesteuerkraft der Gemeinden

(Beträge in 1000 DM)

| | Baden | Bayern | Bremen | Hamburg | Hessen | Lindau | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein | Württemberg-Baden | Württemberg.-Hohenzollern | Bundesgebiet |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Grundsteuer A** | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbeträge | 9 183 | 44 419 | 461 | 711 | 17 523 | 322 | 37 522 | 30 662 | 17 191 | 13 932 | 15 485 | 9 571 | 196 982 |
| Steuerkraft (150 v. H.) | 13 776 | 66 631 | 692 | 1 067 | 26 286 | 484 | 56 285 | 45 996 | 25 789 | 20 900 | 23 230 | 14 358 | 295 494 |
| **Grundsteuer B** | | | | | | | | | | | | | |
| Gemeinden bis 2 000 Einw. | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbeträge | 2 395 | 7 402 | | | 3 801 | 166 | 5 762 | 4 379 | 4 249 | 1 850 | 3 207 | 2 520 | 35 731 |
| Steuerkraft (150 v. H.) | 3 593 | 11 103 | | | 5 702 | 249 | 8 643 | 6 569 | 6 374 | 2 775 | 4 811 | 3 780 | 53 599 |
| 2 000 bis 5 000 Einw. | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbeträge | 2 727 | 6 811 | | | 4 229 | 55 | 5 390 | 7 683 | 4 082 | 1 405 | 3 854 | 1 948 | 38 184 |
| Steuerkraft (160 v. H.) | 4 363 | 10 898 | | | 6 766 | 88 | 8 624 | 12 293 | 6 531 | 2 248 | 6 166 | 3 117 | 61 094 |
| 5 000 bis 20 000 Einw. | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbeträge | 2 862 | 12 154 | | | 6 832 | 437 | 9 026 | 19 810 | 3 544 | 4 533 | 6 964 | 4 555 | 70 717 |
| Steuerkraft (180 v. H.) | 5 152 | 21 877 | | | 12 297 | 786 | 16 247 | 35 658 | 6 379 | 8 159 | 12 535 | 8 199 | 127 289 |
| 20 000 bis 100 000 Einw. | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbeträge | 2 888 | 10 708 | | | 5 226 | | 8 103 | 25 528 | 7 271 | 2 864 | 7 476 | 2 410 | 72 474 |
| Steuerkraft (220 v. H.) | 6 354 | 23 558 | | | 11 497 | | 17 826 | 56 162 | 15 996 | 6 301 | 16 447 | 5 302 | 159 443 |
| über 100 000 Einw. | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbetrage | 1 718 | 17 751 | 6 302 | 17 763 | 12 092 | | 11 892 | 55 692 | 1 253 | 5 073 | 17 495 | | 147 031 |
| Steuerkraft (240 v. H.) | 4 123 | 42 602 | 15 125 | 42 631 | 29 021 | | 28 540 | 133 660 | 3 007 | 12 176 | 41 988 | | 352 873 |
| insgesamt | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbeträge | 12 590 | 54 826 | 6 302 | 17 763 | 32 180 | 658 | 40 173 | 113 092 | 20 399 | 15 725 | 38 996 | 11 433 | 364 137 |
| Steuerkraft | 23 585 | 110 038 | 15 125 | 42 631 | 65 283 | 1 123 | 79 880 | 244 342 | 38 287 | 31 659 | 81 947 | 20 398 | 754 298 |
| **Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital** | | | | | | | | | | | | | |
| Grundbeträge | 9 101 | 53 924 | 7 124 | 16 260 | 36 532 | 352 | 42 432 | 110 107 | 13 327 | 12 413 | 33 136 | 7 487 | 342 195 |
| Steuerkraft (265 v. H ) | 24 117 | 142 899 | 18 878 | 43 089 | 96 811 | 933 | 112 444 | 291 784 | 35 316 | 32 893 | 87 809 | 19 840 | 906 813 |
| Summen der Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und Gewerbesteuer | 61 478 | 319 568 | 34 695 | 86 787 | 188 380 | 2 540 | 248 609 | 582 122 | 99 392 | 85 452 | 192 986 | 54 596 | 1 956 605 |

**Anlage 5**
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

# Anteile der Länder an den vom Bund übernommenen Kriegsfolge- und Soziallasten

(Veranschlagte Beträge in Mill. DM)

| | Baden | Bayern | Bremen | Hamburg | Hessen | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein | Württemberg-Baden | Württemberg-Hohenzollern | Bundesgebiet |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Besatzungszwangslasten (10 v. H.) . . . . . | 29,6 | 76,1 | 10,9 | 25,5 | 43,3 | 61,1 | 96,3 | 40,6 | 19,5 | 36,4 | 16,4 | 455,7 |
| Kriegsfolgenhilfe (25 v. H.) | 5,7 | 38,6 | 0,8 | 2,7 | 11,7 | 21,2 | 28,4 | 5,0 | 13,7 | 10,3 | 4,4 | 142,5 |
| Umsiedlung und Auswanderung (15 v. H.) . . . | — | 0,5 | — | — | 0,1 | 0,7 | 0,3 | 0,4 | 1,9 | 0,2 | 0,2 | 4,3 |
| Leistungen an verdrängte Angehörige des öffentlichen Dienstes (15 v. H.) . | 0,8 | 10,9 | 0,2 | 0,8 | 5,6 | 11,2 | 6,2 | 0,4 | 5,4 | 2,7 | 0,8 | 45,0 |
| Unterhaltsbeiträge an ehemalige berufsmäßige Wehrmachtsangehörige (15. v. H.) . . . . . | 0,5 | 5,7 | 0,2 | 0,4 | 2,0 | 3,4 | 3,6 | 0,2 | 4,8 | 1,4 | 0,3 | 22,5 |
| Leistungen an Körperbeschädigte und Hinterbliebene (15 v. H.) . . . | 14,3 | 73,9 | 3,1 | 8,9 | 29,5 | 65,1 | 102,1 | 31,1 | 23,8 | 29,7 | 9,7 | 391,2 |
| Aufwendungen der Arbeitslosenfürsorge (10 v. H.) | 0,6 | 15,0 | 0,6 | 3,1 | 6,2 | 18,9 | 8,2 | 3,1 | 11,5 | 2,0 | 0,6 | 69,8 |
| Anteile insgesamt . . . . | 51,5 | 220,7 | 15,8 | 41,4 | 98,4 | 181,6 | 245,1 | 80,8 | 80,6 | 82,7 | 32,4* | 1 131,0 |

* Davon Lindau: 1,5 Millionen DM

**Anlage 6**
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

# Grundsteuerausfall 1949 gegenüber 1942

(Ermittlung des Kriegszerstörungsgrades)

| Gemeindegrößenklassen | Grundbeträge 1949 1 000 DM a | Grundsteuer B Ausfall 1949 in 1 000 DM b | Grundsteuer B Ausfall 1949 in v. H. von a+b | Grundsteuer A: Ausfall 1949 1 000 DM | Ausfall Grundsteuer B + 75 v.H. Ausfall Grundsteuer A 1 000 DM | Grundsteuer-ausfall (Sp. 6) bezogen a.d.Betrag von 400 Mill. DM 1 000 DM |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| über 500 000 Einwohn. | 40 754 | 28 172 | 40,9 | — | 28 172 | 112 688 |
| 200 000 bis 500 000 Einwohn. | 68 753 | 34 632 | 33,5 | — | 34 632 | 138 528 |
| 100 000 bis 200 000 Einwohn. | 37 524 | 13 038 | 25,8 | — | 13 038 | 52 152 |
| 50 000 bis 100 000 Einwohn. | 26 943 | 9 728 | 26,6 | — | 9 728 | 38 912 |
| 20 000 bis 50 000 Einwohn. | 45 531 | 6 231 | 12,0 | — | 6 231 | 24 924 |
| 10 000 bis 20 000 Einwohn. | 34 586 | 2 928 | 7,8 | — | 2 928 | 11 712 |
| unter 10 000 Einwohn. | 110 046 | 3 312 | 2,9 | 1 940 | 4 767 | 21 084 |
| Zusammen | 364 137 | 98 041 | 21,2 | 1 940 | 99 496 | 400 000 |
| Davon: | | | | | | |
| Baden | 12 590 | 745 | 5,6 | — | 745 | 2 980 |
| Bayern | 54 826 | 10 994 | 16,7 | — | 10 994 | 43 976 |
| Bremen | 6 302 | 4 601 | 42,2 | — | 4 601 | 18 404 |
| Hamburg | 17 763 | 13 070 | 42,3 | — | 13 070 | 52 280 |
| Hessen | 32 180 | 7 030 | 17,9 | — | 7 030 | 28 120 |
| Lindau | 658 | — | — | — | — | — |
| Niedersachsen | 40 173 | 7 343 | 15,5 | — | 7 343 | 29 372 |
| Nordrhein-Westfalen | 113 092 | 36 206 | 24,3 | 538 | 37 256 | 148 452 |
| Rheinland-Pfalz | 20 399 | 5 779 | 22,1 | 1 402 | 6 831 | 27 324 |
| Schleswig-Holstein | 15 725 | 1 790 | 10,2 | — | 1 790 | 7 160 |
| Württemberg-Baden | 38 996 | 9 736 | 20,0 | — | 9 736 | 38 944 |
| Württemberg-Hohenzollern | 11 433 | 747 | 6,1 | — | 747 | 2 988 |

# Zahl der Heimatvertriebenen und Zugewanderten

(Rechnungsanteile der mittelbaren Flüchtlingslasten)

| | Bevolkerungszunahme (+) oder -abnahme (—) 1939 zu 1950 i. v. H. | Heimatvertriebene Stand 1. 4. 50 | Zugewanderte Stand 1. 4. 50 | 50 v. H. der noch offenen Umsiedlung | Zugang aus Polen und Tschechoslowakei | Zusammen | Mittelbare Flüchtlingslasten in 1 000 DM [1] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Baden | + 6,1 | 77 656 | 22 957 | + 17 850 | 7 000 | 125 463 | 5 538 |
| Bayern | + 31,0 | 1 939 279 | 250 000 | — 23 050 | — | 2 166 229 | 95 617 |
| Bremen | — 2,3 | 39 468 | 11 042 | — | 1 000 | 51 510 | 2 274 |
| Hamburg | — 8,4 | 96 639 | 68 414 | — | 500 | 165 553 | 7 308 |
| Hessen | + 24,7 | 674 442 | 123 207 | — | 4 000 | 801 649 | 35 385 |
| Niedersachsen | + 52,2 | 1 853 054 | 267 418 | — 17 550 | — | 2 102 922 | 92 823 |
| Nordrhein-Westfalen | + 9,4 | 1 230 024 | 300 000 | + 27 050 | 8 500 | 1 565 574 | 69 104 |
| Rheinland-Pfalz | — 1,4 | 68 767 | 24 800 | + 43 050 | 13 000 | 149 617 | 6 604 |
| Schleswig-Holstein | + 70,0 | 941 832 | 104 818 | — 54 250 | — | 992 400 | 43 805 |
| Württemberg-Baden | + 20,9 | 721 927 | 77 000 | + 1 550 | 4 000 | 804 477 | 35 510 |
| Württemberg-Hohenzollern | + 13,0 | 101 825 | 19 320 | + 8 500 | 7 000 | 136 645 | 6 032 [2] |
| Bundesgebiet | + 21,2 | 7 744 913 | 1 268 976 | + 3 150 | 45 000 | 9 062 039 | 400 000 |

## Stand der Umsiedlung

| | Umsiedlungssoll | Einzelumsiedlung bis 1. 4. 50 | Sammelumsiedlung bis 1 4. 50 | Zusammen | Noch offene Umsiedlung |
|---|---|---|---|---|---|
| Baden | + 48 000 | + 3 900 | + 8 400 | + 12 300 | + 35 700 |
| Bayern | — 75 000 | — 20 900 | — 8 000 | — 28 900 | — 46 100 |
| Bremen | + 2 000 | + 3 200 | | + 3 200 | — |
| Hamburg | + 5 000 | + 10 000 | | + 10 000 | — |
| Hessen | + 8 000 | + 8 100 | | + 8 100 | — |
| Niedersachsen | — 75 000 | — 30 200 | — 9 700 | — 39 900 | — 35 100 |
| Nordrhein-Westfalen | + 90 000 | + 35 900 | | + 35 900 | + 54 100 |
| Rheinland-Pfalz | + 90 000 | + 3 800 | + 100 | + 3 900 | + 86 100 |
| Schleswig-Holstein | — 150 000 | — 24 300 | — 17 200 | — 41 500 | — 108 500 |
| Württemberg-Baden | + 8 000 | + 4 900 | | + 4 900 | + 3 100 |
| Württemberg-Hohenzollern | + 49 000 | + 5 600 | + 26 400 | + 32 000 | + 17 000 |
| Bundesgebiet | ± 300 000 | ± 75 400 | ± 34 900 | ± 110 300 | + 196 000<br>— 189 700 |

[1]) 44.14 DM je Person.
[2]) Darin 282 000 DM für Lindau enthalten.

# Arbeitsamtsbezirke mit hoher Dauerarbeitslosigkeit

(Bezirke mit einer Arbeitslosenziffer von 15 v. H. und mehr im arithmetischen Mittel der vier Quartalstermine September 1949, Dezember 1949, März 1950 und Juni 1950)

| Arbeitsamtsbezirk | Arbeitnehmer | Arbeitslose | Arbeitslosenziffer (Sp. 3 in v. H. von Sp. 2) |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| **Schleswig-Holstein** | | | |
| **Gruppe I: Arbeitslosenziffer 30,0 und mehr** | | | |
| Schleswig | 56 689 | 17 081 | 30,1 |
| **Gruppe II: Arbeitslosenziffer 25,0 - 29,9** | | | |
| Heide | 56 661 | 16 821 | 29,7 |
| Rendsburg | 43 119 | 12 545 | 29,1 |
| Flensburg | 97 088 | 28 239 | 29,1 |
| Lübeck | 164 162 | 46 071 | 28,1 |
| Summe: | 361 030 | 103 676 | — |
| **Gruppe III: Arbeitslosenziffer 22,5 - 24,9** | | | |
| Neumünster | 71 525 | 16 459 | 23,0 |
| **Gruppe IV: Arbeitslosenziffer 20,0 - 22,4** | | | |
| Kiel | 136 341 | 29 684 | 21,8 |
| Elmshorn | 115 846 | 24 999 | 21,6 |
| Bad Oldesloe | 96 970 | 19 881 | 20,5 |
| Summe: | 349 157 | 74 564 | — |
| Summe Gruppen I bis IV: | 838 401 | 211 780 | — |
| **Niedersachsen** | | | |
| **Gruppe I: Arbeitslosenziffer 30 und mehr** | | | |
| Wilhelmshaven | 62 736 | 19 824 | 31,6 |
| **Gruppe II: Arbeitslosenziffer 25,0 - 29,9** | | | |
| Brake | 32 839 | 8 876 | 27,0 |
| Emden | 64 190 | 16 344 | 25,5 |
| Watenstedt - Salzgitter | 45 028 | 11 335 | 25,2 |
| Summe: | 142 057 | 36 555 | — |
| **Gruppe III: Arbeitslosenziffer 22,5 - 24,9** | | | |
| Leer | 45 381 | 10 238 | 22,6 |
| **Gruppe IV: Arbeitslosenziffer 20,0 - 22,4** | | | |
| Northeim | 86 021 | 18 641 | 21,7 |
| Stade | 99 849 | 19 940 | 20,0 |
| Summe: | 185 870 | 38 581 | — |
| **Gruppe V: Arbeitslosenziffer 17,5 - 19,9** | | | |
| Uelzen | 77 374 | 15 013 | 19,4 |
| Vechta | 35 688 | 6 890 | 19,3 |
| Oldenburg | 102 097 | 19 406 | 19,0 |
| Alfeld | 86 183 | 16 255 | 18,9 |
| Bassum | 57 211 | 10 374 | 18,1 |
| Braunschweig | 145 707 | 25 883 | 17,8 |
| Lüneburg | 72 096 | 12 753 | 17,7 |
| Verden | 64 080 | 11 335 | 17,7 |
| Summe: | 640 436 | 117 909 | — |

| Arbeitsamtsbezirk | Arbeitnehmer | Arbeitslose | Arbeitslosenziffer (Sp. 3 in v. H. von Sp. 2) |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| | **Niedersachsen** | | |
| | **Gruppe VI: Arbeitslosenziffer 15,0 - 17,4** | | |
| Goslar | 66 556 | 11 116 | 16,7 |
| Hameln | 84 324 | 13 560 | 16,1 |
| Helmstedt | 43 634 | 6 979 | 16,0 |
| Göttingen | 64 152 | 10 236 | 16,0 |
| Wolfsburg | 47 468 | 7 485 | 15,8 |
| Hildesheim | 99 021 | 15 265 | 15,4 |
| Nienburg | 55 341 | 8 340 | 15,1 |
| Celle | 93 070 | 13 991 | 15,0 |
| Summe: | 553 566 | 86 972 | — |
| Summe Gruppen I bis VI: | 1 630 046 | 310 079 | — |
| | **Bayern** | | |
| | **Gruppe II: Arbeitslosenziffer 25,0 - 29,9** | | |
| Cham | 30 318 | 8 906 | 29,4 |
| Deggendorf | 46 191 | 13 265 | 28,7 |
| Passau | 58 353 | 14 747 | 25,3 |
| Summe: | 134 862 | 36 918 | — |
| | **Gruppe IV: Arbeitslosenziffer 20,0 - 22,4** | | |
| Pfarrkirchen | 39 108 | 8 757 | 22,4 |
| Coburg | 94 881 | 21 026 | 22,2 |
| Neumarkt Opf. | 28 771 | 6 280 | 21,8 |
| Weissenburg | 44 166 | 9 224 | 20,9 |
| Bayreuth | 72 707 | 15 184 | 20,9 |
| Summe: | 279 633 | 60 471 | — |
| | **Gruppe V: Arbeitslosenziffer 17,5 - 19,9** | | |
| Traunstein | 61 439 | 12 169 | 19,8 |
| Schwandorf | 29 775 | 5 852 | 19,7 |
| Straubing | 33 803 | 6 419 | 19,0 |
| Regensburg | 79 844 | 15 066 | 18,9 |
| Bamberg | 78 211 | 14 721 | 18,8 |
| Ingolstadt | 56 340 | 10 352 | 18,4 |
| Ansbach | 81 084 | 14 726 | 18,2 |
| Schweinfurt | 84 763 | 14 842 | 17,5 |
| Summe: | 505 259 | 94 147 | — |
| | **Gruppe VI: Arbeitslosenziffer 15,0 - 17,4** | | |
| Amberg | 32 965 | 5 690 | 17,3 |
| Landshut | 68 078 | 11 351 | 16,7 |
| Mühldorf | 39 011 | 6 468 | 16,6 |
| Memmingen | 33 942 | 5 491 | 16,2 |
| Rosenheim | 64 255 | 10 317 | 16,1 |
| Weiden | 66 663 | 10 763 | 16,1 |
| Summe: | 304 914 | 50 080 | — |
| Summe Gruppen II bis VI: | 1 224 668 | 241 616 | — |
| | **Hessen** | | |
| | **Gruppe V: Arbeitslosenziffer 17,5 - 19,9** | | |
| Marburg | 52 264 | 10 235 | 19,6 |
| Hersfeld | 60 289 | 11 644 | 19,3 |
| Summe: | 112 553 | 21 879 | — |
| | **Gruppe VI: Arbeitslosenziffer 15,0 - 17,4** | | |
| Fulda | 48 803 | 7 408 | 15,2 |
| Summe Gruppen V und VI: | 161 356 | 29 287 | — |
| | **Rheinland-Pfalz** | | |
| | **Gruppe V: Arbeitslosenziffer 17,5 - 19,9** | | |
| Idar-Oberstein | 18 185 | 3 228 | 17,8 |
| **Arbeitsamtsbezirke mit hoher Dauerarbeitslosigkeit** insgesamt | 3 872 656 | 795 990 | |

# Regionale Verteilung und Gewichtung der Dauerarbeitslosigkeit

| Arbeitslosenziffer | Gewichte | Schleswig-Holstein | Niedersachsen | Bayern | Hessen | Rheinland-Pfalz | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| **Absolute Zahl der Arbeitslosen** | | | | | | | |
| 31,0 bis 31,6 | — | — | 19 824 | — | — | — | 19 824 |
| 30,0 „ 30,9 | — | 17 081 | — | — | — | — | 17 081 |
| 29,0 „ 29,9 | — | 57 605 | — | 8 906 | — | — | 66 511 |
| 28,0 „ 28,9 | — | 46 071 | — | 13 265 | — | — | 59 336 |
| 27,0 „ 27,9 | — | — | 8 876 | — | — | — | 8 876 |
| 26,0 „ 26,9 | — | — | — | — | — | — | — |
| 25,0 „ 25,9 | — | — | 27 679 | 14 747 | — | — | 42 426 |
| 24,0 „ 24,9 | — | — | — | — | — | — | — |
| 23,0 „ 23.9 | — | 16 459 | — | — | — | — | 16 459 |
| 22,0 „ 22,9 | — | — | 10 238 | 29 783 | — | — | 40 021 |
| 21,0 „ 21,9 | — | 54 683 | 18 641 | 6 280 | - | — | 79 604 |
| 20,0 „ 20,9 | — | 19 881 | 19 940 | 24 408 | — | — | 64 229 |
| 17,5 „ 19,9 | — | — | 117 909 | 94 147 | 21 879 | 3 228 | 237 163 |
| 15,0 „ 17,4 | — | — | 86 972 | 50 080 | 7 408 | — | 144 460 |
| insgesamt: | — | 211 780 | 310 079 | 241 616 | 29 287 | 3 228 | 795 990 |
| **Gewogene Zahl der Arbeitslosen** | | | | | | | |
| 31,0 bis 31,6 | 4,4 | — | 87 226 | — | — | — | 87 226 |
| 30,0 „ 30,9 | 4,0 | 68 324 | — | — | — | — | 68 324 |
| 29,0 „ 29,9 | 3,6 | 207 378 | — | 32 062 | — | — | 239 440 |
| 28,0 „ 28,9 | 3,2 | 147 427 | — | 42 448 | — | - | 189 875 |
| 27,0 „ 27,9 | 2,8 | — | 24 853 | — | — | — | 24 853 |
| 26,0 „ 26,9 | 2,4 | — | — | — | - | — | — |
| 25,0 „ 25,9 | 2,0 | — | 55 358 | 29 494 | — | — | 84 852 |
| 24,0 „ 24,9 | 1,8 | — | — | — | - | — | — |
| 23,0 „ 23,9 | 1,6 | 26 334 | — | — | — | — | 26 334 |
| 22,0 „ 22,9 | 1,4 | - | 14 333 | 41 696 | — | — | 56 029 |
| 21,0 „ 21,9 | 1,2 | 65 620 | 22 369 | 7 536 | - | | 95 525 |
| 20,0 „ 20,9 | 1,0 | 19 881 | 19 940 | 24 408 | — | — | 64 229 |
| 17,5 „ 19,9 | 0,7 | — | 82 536 | 65 903 | 15 315 | 2 260 | 166 014 |
| 15,0 „ 17,4 | 0,5 | — | 43 486 | 25 040 | 3 704 | — | 72 230 |
| insgesamt: | — | 534 964 | 350 101 | 268 587 | 19 019 | 2 260 | 1 174 931 |
| **Anteile der Länder an der gewogenen Gesamtzahl der Arbeitslosen** | | | | | | | |
| Vom Hundert: . . . . . . . . . . . . | | 45,5 | 29,8 | 22,9 | 1,6 | 0,2 | 100,0 |
| Bezogen auf den Betrag von 40 Mill. DM (abgerundete Beträge in 1000 DM): . . . | | 18 200 | 11 900 | 9 150 | 650 | 100 | 40 000 |

Anlage 10
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes
über den Finanzausgleich unter den Ländern
im Rechnungsjahr 1950

# Ausgleichsforderungen gegen die Länder

## Verzinsung der Ausgleichsforderungen

Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen gegen die Länder haben nach dem Stande vom 30. Juni 1950 betragen:

| Länder | Landeszentralbanken Mill. DM | Sonstige Geldinstitute Mill. DM | Versicherungsunternehmen Mill. DM | Bausparkassen Mill. DM | Veranschlagter Zinsaufwand 1 000 DM | DM je veredelten Einwohner [1]) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Baden | 80 | 193 | 3 | 1 | 8 330 | 6,95 |
| Bayern | 407 | 1 222 | 392 | 2 | 63 755 | 7,16 |
| Bremen | 71 | 138 | 8 | 1 | 6 945 | 11,13 |
| Hamburg | 195 | 325 | 385 | 1 | 28 365 | 14,94 |
| Hessen | 228 | 593 | 163 | 5 | 30 840 | 7,37 |
| Niedersachsen | 291 | 846 | 218 | 5 | 43 115 | 6,51 |
| Nordrhein-Westfalen | 605 | 1 403 | 760 | 7 | 87 350 | 6,45 |
| Rheinland-Pfalz | 138 | 332 | 37 | 3 | 15 635 | 5,75 |
| Schleswig-Holstein | 116 | 244 | 40 | 1 | 12 295 | 4,64 |
| Württemberg-Baden | 255 | 687 | 417 | 36 | 44 610 | 11,58 |
| Württemberg-Hohenzollern | 64 | 169 | — | — | 7 020 [2]) | 6,76 |
| Bundesgebiet | 2 450 | 6 152 | 2 423 | 62 | 348 260 | 7,36 |

[1]) Vgl. Anlage 12

[2]) Darin 445 000 DM für Lindau enthalten



Anlage 11
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes
über den Finanzausgleich unter den Ländern
im Rechnungsjahr 1950

# Hochschullasten der Länder

(Universitäten, Technische Hochschulen, Tierärztliche Hochschulen, Medizinische Akademie Düsseldorf, Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim, Bergakademie Clausthal)

| Land | Zuschußbedarf 1948 je Studierenden DM | Zahl der Studierenden im Winterhalbjahr 1949/50 | Studierende (Sp. 3) bezogen a.d. Betrag von 150 Mill. DM 1 000 DM |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| Baden | 2 668 | 3 817 | 5 828 |
| Bayern | 1 398 | 23 016 | 35 139 |
| Hamburg | 3 123 | 4 639 | 7 083 |
| Hessen | 1 494 | 10 988 | 16 776 |
| Niedersachsen | 2 266 | 10 228 | 15 615 |
| Nordrhein-Westfalen | 2 101 | 18 729 | 28 595 |
| Rheinland-Pfalz | 1 489 | 5 893 | 8 998 |
| Schleswig-Holstein | 3 943 | 3 239 | 4 946 |
| Württemberg-Baden | 1 358 | 13 398 | 20 455 |
| Württemberg-Hohenzollern | 1 235 | 4 300 | 6 565 |
| Bundesgebiet | 1 830 | 98 247 | 150 000 (= 1 527 DM je Studierenden) |

**Anlage 12**
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

# Zahl der Gemeinden, Einwohnerzahlen und veredelte Einwohnerzahlen der Länder

(Stand vom 30. Juni 1949).

| | Baden | Bayern | Bremen | Hamburg | Hessen | Lindau | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein | Württemberg-Baden | Württemberg-Hohenzollern | Bundesgebiet |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Zahl der Gemeinden** | | | | | | | | | | | | | |
| bis 5 000 Einwohn. | 947 | 6 904 | | | 2 616 | 27 | 4 090 | 2 027 | 2 857 | 1 291 | 1 377 | 901 | 23 037 |
| 5 000 bis 20 000 Einwohn. | 21 | 151 | | | 79 | 2 | 138 | 266 | 40 | 67 | 76 | 29 | 869 |
| 20 000 bis 100 000 Einwohn. | 5 | 23 | | | 11 | | 21 | 70 | 14 | 10 | 12 | 4 | 170 |
| 100 000 bis 500 000 Einwohn. | 1 | 3 | 2 | | 3 | | 6 | 19 | 1 | 3 | 4 | | 42 |
| uber 500 000 Einwohn. | | 1 | | 1 | | | | 2 | | | | | 4 |
| zusammen | 974 | 7 082 | 2 | 1 | 2 709 | 29 | 4 255 | 2 384 | 2 912 | 1 371 | 1 469 | 934 | 24 122 |
| **Einwohnerzahl** | | | | | | | | | | | | | |
| bis 5 000 | 850 431 | 5 479 042 | | | 2 300 903 | 29 533 | 3 707 468 | 2 697 056 | 1 878 337 | 1 173 263 | 1 666 130 | 719 910 | 20 502 073 |
| 5 000 bis 20 000 | 181 992 | 1 296 607 | | | 678 609 | 25 284 | 1 280 783 | 2 469 172 | 318 493 | 586 449 | 650 342 | 276 453 | 7 764 184 |
| 20 000 bis 100 000 | 144 206 | 1 011 149 | | | 450 450 | | 815 892 | 2 591 532 | 577 568 | 341 688 | 511 649 | 124 527 | 6 568 661 |
| 100 000 bis 500 000 | 104 361 | 633 935 | 535 222 | | 859 870 | | 1 064 964 | 4 029 295 | 114 545 | 592 521 | 1 028 955 | | 8 963 668 |
| über 500 000 | | 795 141 | | 1 542 227 | | | | 1 157 541 | | | | | 3 494 909 |
| zusammen | 1 280 990 | 9 215 874 | 535 222 | 1 542 227 | 4 289 832 | 54 817 | 6 869 107 | 12 944 596 | 2 888 943 | 2 693 921 | 3 857 076 | 1 120 890 | 47 293 495 |
| **Einwohnerschichtung** | | | | | | | | | | | | | |
| die ersten 5 000 | 985 431 | 6 369 042 | 10 000 | 5 000 | 2 765 903 | 39 533 | 4 532 468 | 4 482 056 | 2 153 337 | 1 573 263 | 2 126 130 | 884 910 | 25 927 073 |
| die weiteren 15 000 | 166 992 | 946 607 | 30 000 | 15 000 | 493 609 | 15 284 | 995 783 | 2 504 172 | 343 493 | 446 449 | 510 342 | 191 453 | 6 659 184 |
| „ „ 80 000 | 124 206 | 871 149 | 160 000 | 80 000 | 470 450 | | 875 892 | 2 871 532 | 377 568 | 381 688 | 591 649 | 44 527 | 6 848 661 |
| „ „ 400 000 | 4 361 | 733 935 | 335 222 | 400 000 | 559 870 | | 464 964 | 2 929 295 | 14 545 | 292 521 | 628 955 | | 6 363 668 |
| „ „ | | 295 141 | | 1 042 227 | | | | 157 541 | | | | | 1 494 909 |
| zusammen | 1 280 990 | 9 215 874 | 535 222 | 1 542 227 | 4 289 832 | 54 817 | 6 869 107 | 12 944 596 | 2 888 943 | 2 693 921 | 3 857 076 | 1 120 890 | 47 293 495 |
| **Einwohnerwertung** | | | | | | | | | | | | | |
| die ersten 5 000 : 1,00 | 985 431 | 6 369 042 | 10 000 | 5 000 | 2 765 903 | 39 533 | 4 532 468 | 4 482 056 | 2 153 337 | 1 573 263 | 2 126 130 | 884 910 | 25 927 073 |
| die weiteren 15 000 : 1,15 | 192 041 | 1 088 598 | 34 500 | 17 250 | 567 650 | 17 577 | 1 145 150 | 2 879 798 | 395 017 | 513 416 | 586 893 | 220 171 | 7 658 061 |
| „ „ 80 000 : 1,25 | 155 258 | 1 088 936 | 200 000 | 100 000 | 588 063 | | 1 094 865 | 3 589 415 | 471 960 | 477 110 | 739 561 | 55 659 | 8 560 827 |
| „ „ 400 000 : 1,35 | 5 887 | 990 812 | 452 550 | 540 000 | 755 825 | | 627 701 | 3 954 548 | 19 636 | 394 903 | 849 089 | | 8 590 951 |
| „ „ : 1,40 | | 413 197 | | 1 459 118 | | | | 220 557 | | | | | 2 092 872 |
| zusammen | 1 338 617 | 9 950 585 | 697 050 | 2 121 368 | 4 677 441 | 57 110 | 7 400 184 | 15 126 374 | 3 039 950 | 2 958 692 | 4 301 673 | 1 160 740 | 52 829 784 |
| Umrechnung m. 89,5205 v.H. auf die Einwohnerzahl des Bundes | 1 198 337 | 8 907 813 | 624 003 | 1 899 069 | 4 187 268 | 51 125 | 6 624 682 | 13 541 205 | 2 721 378 | 2 648 636 | 3 850 879 | 1 039 100 | 47 293 495 |
| v. H. der wirklichen Einwohnerzahl | 93,5 | 96,6 | 116,6 | 123,1 | 97,6 | 93,3 | 96,4 | 104,6 | 94,2 | 98,3 | 99,8 | 92,7 | 100,0 |

Anlage 13
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

# Steuereinnahmen, Ausgleichslasten, Finanzkraftmeßzahlen, Ausgleichsmeßzahlen

(Beträge in 1000 DM)

| | Baden | Bayern | Bremen | Hamburg | Hessen | Lindau | Niedersachsen | Nordrhein-Westfalen | Rheinland-Pfalz | Schleswig-Holstein | Württemberg-Baden | Württemberg-Hohenzollern | Bundesgebiet |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Einwohnerzahl am 30. Juni 1949 | 1 280 990 | 9 215 874 | 535 222 | 1 542 227 | 4 289 832 | 54 817 | 6 869 107 | 12 944 596 | 2 888 943 | 2 693 921 | 3 857 076 | 1 120 890 | 47 293 495 |
| 2. Veredelte Einwohnerzahl | 1 198 337 | 8 907 813 | 624 003 | 1 899 069 | 4 187 268 | 51 125 | 6 624 682 | 13 541 205 | 2 721 378 | 2 648 636 | 3 850 879 | 1 039 100 | 47 293 495 |
| 3. In v. H. der wirklichen Einwohnerzahl | 93,5 | 96,7 | 116,6 | 123,1 | 97,6 | 93,3 | 96,4 | 104,6 | 94,2 | 98,3 | 99,9 | 92,7 | 100,0 |
| 4. Steuereinnahmen der Länder | 144 286 | 1 043 340 | 124 553 | 387 025 | 557 598 | 9 065 | 663 830 | 1 923 322 | 276 178 | 191 893 | 618 289 | 131 352 | 6 070 731 |
| 5. Realsteuereinnahmen der Gemeinden | 61 478 | 319 568 | 34 695 | 86 787 | 188 380 | 2 540 | 248 609 | 582 122 | 99 392 | 85 452 | 192 986 | 54 596 | 1 956 605 |
| 6. Steuereinnahmen insgesamt | 205 764 | 1 362 908 | 159 248 | 473 812 | 745 978 | 11 605 | 912 439 | 2 505 444 | 375 570 | 277 345 | 811 275 | 185 948 | 8 027 336 |
| 7. Anteile der Länder an den Kriegsfolge- und Soziallasten des Bundes | 51 500 | 220 700 | 15 800 | 41 400 | 98 400 | 1 500 | 181 600 | 245 100 | 80 800 | 80 600 | 82 700 | 30 900 | 1 131 000 |
| 8. Kriegszerstörungslasten | 2 980 | 43 976 | 18 404 | 52 280 | 28 120 | — | 29 372 | 148 452 | 27 324 | 7 160 | 38 944 | 2 988 | 400 000 |
| 9. Mittelbare Flüchtlingslasten | 5 538 | 95 617 | 2 274 | 7 308 | 35 385 | 282 | 92 823 | 69 104 | 6 604 | 43 805 | 35 510 | 5 750 | 400 000 |
| 10. Lasten der Dauerarbeitslosigkeit | — | 9 150 | — | — | 650 | — | 11 900 | — | 100 | 18 200 | — | — | 40 000 |
| 11. Zinslasten der Ausgleichsforderungen | 8 330 | 63 755 | 6 945 | 28 365 | 30 840 | 445 | 43 115 | 87 350 | 15 635 | 12 295 | 44 610 | 6 575 | 348 260 |
| 12. Hochschullasten | 5 828 | 35 139 | — | 7 083 | 16 776 | — | 15 615 | 28 595 | 8 998 | 4 946 | 20 455 | 6 565 | 150 000 |
| 13. Hafenlasten | — | — | 13 000 | 22 000 | — | — | — | — | — | — | — | — | 35 000 |
| 14. Ausgleichslasten insgesamt | 74 176 | 468 337 | 56 423 | 158 436 | 210 171 | 2 227 | 374 425 | 578 601 | 139 461 | 167 006 | 222 219 | 52 778 | 2 504 260 |
| 15. Steuereinnahmen abzüglich Ausgleichslasten (Finanzkraftmeßzahl) | 131 588 | 894 571 | 102 825 | 315 376 | 535 807 | 9 378 | 538 014 | 1 926 843 | 236 109 | 110 339 | 589 056 | 133 170 | 5 523 076 |
| 16. Finanzkraftmeßzahl in DM je Einwohner | 102,72 | 97,07 | 192,12 | 204,49 | 124,90 | 171,08 | 78,32 | 148,85 | 81,73 | 40,96 | 152,72 | 118,81 | 116,78 |
| 17. Finanzkraftmeßzahl in DM je veredelten Einwohner | 109,81 | 100,43 | 164,78 | 166,07 | 127,96 | 183,43 | 81,21 | 142,29 | 86,76 | 41,66 | 152,97 | 128,16 | 116,78 |
| 18. Ausgleichsmeßzahl | 139 945 | 1 040 281 | 72 873 | 221 779 | 489 002 | 5 971 | 773 650 | 1 581 382 | 317 811 | 309 316 | 449 717 | 121 349 | 5 523 076 |
| 19. Finanzkraftmeßzahl | 131 588 | 894 571 | 102 825 | 315 376 | 535 807 | 9 378 | 538 014 | 1 926 843 | 236 109 | 110 339 | 589 056 | 133 170 | 5 523 076 |
| 20. Überschuß (+) oder Fehlbetrag (—) | | | | | | | | | | | | | |
| a) in 1000 DM | — 8 357 | — 145 710 | + 29 952 | + 93 597 | + 46 805 | + 3 407 | — 235 636 | + 345 461 | — 81 702 | — 198 977 | + 139 339 | + 11 821 | ± 670 382 |
| b) in DM je veredelten Einwohner | — 6,97 | — 16,36 | + 48,00 | + 49,29 | + 11,18 | + 66,64 | — 35,57 | + 25,51 | — 30,2 | — 75,12 | + 36,18 | + 11,38 | — |
| 21. Finanzkraft in v. H. des Bundesdurchschnitts | 94,0 | 86,0 | 141,1 | 142,2 | 109,6 | 157,1 | 69,5 | 121,8 | 74,3 | 35,7 | 131,0 | 109,7 | 100,0 |

Anlage 14
zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950

# Berechnung der Zuschüsse der ausgleichsberechtigten Länder und der Beiträge der ausgleichspflichtigen Länder

(Beträge in 1000 DM)

| Ausgleichsberechtigte Länder | Finanzkraftmeßzahl | Ausgleichsmeßzahl*) | 90 v. H. der Ausgleichsmeßzahl | (Fehlbetrag Sp. 3—2) | | Zuweisungsanteile | | | | Zuschuß (93,669 v. H. von Sp. 10) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Bis 90 v.H. | von 90 v.H. bis 100 v.H. | 50 v.H. von Sp. 5 | 25 v. H. von Sp. 6 | Sonderzuweisungsanteile | Insgesamt Sp. 7+8+9 | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| Baden | 131 588 | 139 945 | 125 951 | — | 8 357 | — | 2 089 | 2 000 | 4 089 | 3 830 |
| Bayern | 894 571 | 1 040 281 | 936 253 | 41 682 | 104 028 | 20 841 | 26 007 | — | 46 848 | 43 882 |
| Niedersachsen | 538 014 | 773 650 | 696 285 | 158 271 | 77 365 | 79 136 | 19 341 | — | 98 477 | 92 242 |
| Rheinland-Pfalz | 236 109 | 317 811 | 286 030 | 49 921 | 31 781 | 24 961 | 7 945 | — | 32 906 | 30 823 |
| Schleswig-Holstein | 110 339 | 309 316 | 278 384 | 168 045 | 30 932 | 84 023 | 7 733 | 26 189 **) | 117 945 | 110 478 |
| Ausgleichsberechtigte Länder insgesamt: | 1 910 621 | 2 581 003 | 2 322 903 | 417 919 | 252 463 | 208 961 | 63 115 | 28 189 | 300 265 | 281 255 |

| Ausgleichspflichtige Länder | Finanzkraftmeßzahl | Ausgleichmeßzahl*) | 110 v. H. der Ausgleichsmeßzahl | Überschuß (Sp. 2—3) | | Aufbringungsanteile | | | Beitrag (107,249 v. H. von Sp. 9) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Über 110 v. H. | Von 100 v H. bis 110 v.H. | 50 v. H. von Sp. 5 | 25 v. H. von Sp. 6 | Insgesamt Sp. 7 u. 8 | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| Bremen | 102 825 | 72 873 | 80 160 | 22 665 | 7 287 | 11 333 | 1 822 | 13 155 | 14 109 |
| Hamburg | 315 376 | 221 779 | 243 957 | 71 419 | 22 178 | 35 710 | 5 545 | 41 255 | 44 246 |
| Hessen | 535 807 | 489 002 | 537 902 | — | 46 805 | - | 11 701 | 11 701 | 12 549 |
| Lindau | 9 378 | 5 971 | 6 568 | 2 810 | 597 | 1 405 | 149 | 1 554 | 1 667 |
| Nordrhein-Westfalen | 1 926 843 | 1 581 382 | 1 739 520 | 187 323 | 158 138 | 93 662 | 39 535 | 133 197 | 142 853 |
| Württemberg-Baden | 589 056 | 449 717 | 494 689 | 94 367 | 44 972 | 47 184 | 11 243 | 58 427 | 62 662 |
| Württembg.-Hohenzollern | 133 170 | 121 349 | 133 484 | — | 11 821 | — | 2 955 | 2 955 | 3 169 |
| Ausgleichspflichtige Länder insgesamt: | 3 612 455 | 2 942 073 | 3 236 280 | 378 584 | 291 798 | 189 294 | 72 950 | 262 244 | 281 255 |

*) Veredelte Einwohnerzahl × 116,783 DM (vgl. Anlage 13: bundesdurchschnittliche Finanzkraftmeßzahl je Einwohner)
**) 2 648 636 (veredelte Einwohnerzahl) × 81,21 DM = 215 096 Tsd DM; 215 096 Tsd DM — 110 339 = 104 757 Tsd DM; 104 757 : 4 = 26 189 Tsd DM